Nummer 43 — Duisburg, den 22. Oktober 1910. — Jahrgang II

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen 2c sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

### Schließt die Reihen, auf zum Kampf!

Von Ernst Breit, stud. theol. et phil.

Gewerkschaftslied zu singen nach der Melodie: „Wohl auf die Lust geht frisch und rein".

Gewerkschaftsbrüder! unentwegt
Und fest zum Bund gestanden!
Ein starkes Freiheitswehen regt
Sich rings in allen Landen.
Sein Recht verlangt der Arbeitsmann,
Denn er durchwühlt die Erde,
Er treibt die mächtigen Räder an
Und schafft am Flammenherde.

Schon tobt gewaltig das Gefecht,
Der Kampf um Sein und Leben;
Da hilft kein Bitten — Recht um Recht!
Laßt kühn die Fahne schweben!
Schließt fester euer Eisenband
Und fallt und steht verbunden;
Wenn einen schützt des anderen Hand
Wird keiner überwunden.

So streiten wir für Weib und Kind,
Für Recht und Bundestreue!
Wir die vereinigt mächtig sind
Geloben hier aufs neue:
Wir wollen, wie es Christenpflicht,
Gerecht und ehrlich streiten,
Das Kreuz am Schwert vergeßt es nicht
Muß uns zum Siege leiten.

### Zum Friedensschluß auf den Seeschiffswerften.

Die Hoffnung, daß mit der vom 6. Oktober zustande gekommenen Einigung der Friede auf den Werften ohne weiteres gesichert und die Arbeit laut getroffener Vereinbarung vom 10. Oktober an wieder aufzunehmen sei, hat sich leider nicht erfüllt. In mehreren Werftorten und einer ganzen Anzahl von Betrieben ist es vor und bei der Wiederaufnahme der Arbeit zu ernstlichen Differenzen gekommen, sodaß zur Zeit, wo wir dieses niederschreiben (15. Oktober) die Situation noch sehr unklar und verworren ist. Die Gründe für diese unerfreuliche Entwicklung der Dinge sind verschiedener Art; teilweise ist es die Schuld der Arbeiter, zum großen Teil aber auch Schuld der Unternehmer, die einzelne Bestimmungen der Einigungsbedingungen falsch auslegten oder zu umgehen suchten.

Vom Standpunkt gewerkschaftlicher Ordnung und Disziplin war es schon äußerst bedauerlich und scharf zu verurteilen, daß sich im sozialdemokratischen Lager hier und da eine heftige Opposition gegen die Anerkennung der Einigungsbedingungen bemerkbar machte. Bei den Abstimmungen über die Wiederaufnahme der Arbeit stimmten ganz beträchtliche Minderheiten, vereinzelt sogar Mehrheiten dagegen. In Hamburg z. B. wurden 2752 Stimmen dafür und 2173 Stimmen dagegen abgegeben. In Lübeck stimmten 668 für und 338 gegen die Aufnahme der Arbeiten. In Stettin waren 1616 dafür und eine Mehrheit von 1896 dagegen. Da aber eine Dreiviertelmehrheit für die Fortsetzung des Streiks vorhanden sein muß, bedeuteten die Abstimmungen dennoch die Wiederaufnahme der Arbeit, die sich gewiß allmählich vollzogen hätte, wenn nicht

**ernente Differenzpunkte**

aufgetaucht wären. — Zunächst erregte es in den Kreisen der Arbeiter Unzufriedenheit, weil die Werften nicht alle Arbeiter auf einen Schlag einstellen wollten. Diese Erregung ist zwar vom Gefühlsstandpunkt aus begreiflich, aber das war kein stichhaltiger Grund, nun überhaupt die Arbeit nicht aufzunehmen. Denn es ist doch ganz natürlich, daß komplizierte Betriebe, wie die Werften, nach mehrmonatlichem, teilweisem und vollständigem Stillstand nicht plötzlich wieder in vollem Umfang in Tätigkeit treten können. Zum wenigsten wird man eine kurze Uebergangszeit gewähren müssen. Das hätte auch die Differenzen nicht so weit verschärfen können, wenn nicht über die Auslegung einzelner Einigungsbedingungen weitgehende Meinungsverschiedenheiten entstanden wären. In Hamburg handelt es sich dabei vornehmlich um die Auszahlung der Löhne für die durch den Streik unterbrochenen Akkordarbeiten. Das hat dann zu einer erneuten Niederlegung der Arbeit geführt, wo sie schon teilweise aufgenommen war. Am 12. Oktober wurde im „Hamburger Echo" über den Stand der Dinge in Hamburg folgendes berichtet:

„Wie heute gemeldet, verließen die in Arbeit getretenen Werftarbeiter die Betriebe wieder, um sich den noch außen Stehenden anzuschließen. Die Gründe sind bereits bekannt. Sie gipfeln in der Nichtanerkennung der Einigungsbedingungen seitens der Werftbesitzer. In erster Linie handelt es sich um die Sicherung der Ueberschüsse an durch den Streik unterbrochenen Akkorden. Dazu wurde dem Arbeiterausschuß von Blohm und Voß erklärt, ein solches Abkommen kenne man nicht, und hätten die Arbeiter keinen Anspruch darauf. Auf dem „Vulkan" erkannte man anfangs dieses Abkommen an, im Laufe des Tages änderte man auch dort seine Meinung und gab diese den Arbeitern kund. Da gerade die Zusicherung, ihren verdienten Akkordüberschuß ausgezahlt zu erhalten, viel zu dem Beschluß betr. Annahme der Einigungsbedingungen beigetragen, so gerieten die Arbeiter in leicht begreifliche Erregung. Diese wurde noch durch die bei Einstellung seitens der Meister und sonstiger Vorgesetzter ausgeführten Manöver verschärft. Während die Einigungsbedingungen die Wiedereinstellung aller Streikenden und Ausgesperrten vorsahen, die sich natürlich nach den Betriebsverhältnissen richten, aber innerhalb weniger Tage erledigt sein konnte, erhielten die sich meldenden Arbeiter die verschiedenste Auskunft."

Dasselbe Blatt, das man als das Sprachrohr der Zentralwerftarbeiterkommission betrachten kann, schreibt zu diesem Streitpunkt noch folgendes:

„Die Unternehmer suchen die Arbeitervertreter als die Schuldigen hinzustellen, indem sie der bürgerlichen Presse mitteilen: „Die Arbeiterführer haben den Arbeitern sowohl in der Presse wie in den Versammlungen den Anteil an den Akkordüberschüssen, den sie durch den Streik verloren haben, zugesichert. Ausweislich der Protokolle, die von der Vertrauenskommission des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller und den Arbeiterführern unterschrieben sind, ist aber ein derartiges Zugeständnis den Vertretern der Arbeiter nicht gemacht worden."

Demgegenüber ist zu bemerken: „Als am Donnerstag, 6. Oktober, abends 7 Uhr die Unterzeichnung der Vertragsbestimmungen stattfand, wurde von seiten der Arbeitervertreter ausdrücklich erklärt, daß die Arbeit nur aufgenommen werden könne, wenn erstens: die Wiedereinstellung aller an dem Streik und Aussperrung beteiligten Arbeiter ohne Benutzung des Arbeitsnachweises, und zweitens: eine Sicherung der Anteile an durch den Streik unterbrochenen Akkorden gegeben würde. Dieses wurde unter Zustimmung protokolliert."

Das vorliegende Protokoll bestätigt das. In Hamburg ist infolge dieser Differenzen die Wiederaufnahme der Arbeit zur Zeit ins Stocken geraten. Ebenso wird unterm 12. Oktober aus Flensburg berichtet:

„Der Ausstand der hiesigen Schiffswerften ist wieder vollständig. Die gestern wieder eingestellten 50 Prozent der Arbeiter legten die Arbeit abermals nieder, während die andere Hälfte, die heute beginnen sollte, überhaupt nicht auf den Arbeitsplätzen erschienen ist". Ferner stehen die Werftarbeiter in Bremen noch abwartend Gewehr bei Fuß, während in Bremerhafen-Gestemünde und Stettin die Betriebe wieder allmählich in Tätigkeit treten.

Zur Zeit finden in Hamburg zwischen einigen Vertretern der Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften Verhandlungen statt, um die Streitpunkte aus dem Weg zu räumen. Hoffentlich wird es möglichst bald gelingen, damit die getroffenen Vereinbarungen Geltung erlangen und der Friede hergestellt wird.

**Mehr Einsicht und Disziplin.**

Bei ruhiger Besonnenheit, Vernunft und etwas Loyalität auf beiden Seiten hätten diese nachträglichen Differenzen vermieden werden können. Die Werftbesitzer sollten sich jetzt doch nicht kleinlich zeigen und den vor dem Ausstand verdienten Akkordüberschuß ausbezahlen. Das verlangt doch die Gerechtigkeit und unter dieser Voraussetzung sind die protokollarisch niedergelegten Einigungsbedingungen zustande gekommen. Wegen einem solch nebensächlichen Streitpunkt sollten die Unternehmer die Aufnahme der Arbeit nicht verzögern.

Auf der andern Seite sollten aber auch die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter etwas mehr Disziplin und soziale Einsicht an den Tag legen. Nicht das Gefühl, sondern die ruhige Vernunft muß in solchen Situationen entscheiden. Es kann der eigenen Sache und dem Ansehen der gesamten Arbeiterbewegung nur zum größten Schaden gereichen, wenn die Arbeiter ihre Sache überspannen, ohne jede Rücksicht auf die Lage der Industrie und die zu überwindenden Schwierigkeiten mit dem Kopf durch die Wand rennen wollen. Wir sagen das offen heraus auch auf die Gefahr hin, von radikal-sozialdemokratischer Seite deshalb angegriffen zu werden.

Die materiellen Erfolge und noch mehr die prinzipiellen Errungenschaften der Werftarbeiterbewegung sind so groß und weittragend, daß es als

**verwerflicher Radikalismus**

und gewerkschaftliche Disziplinlosigkeit aufs schärfste verurteilt werden muß, wenn sich jetzt noch Tausende von sozialdemokratischen Mitgliedern gegen die Anerkennung der mühevoll zustande gekommenen Einigung auflehnen. Der schärfste Vorwurf gegen die Industriellen ist stets der gewesen, daß sie die Organisationen der Arbeiter nicht anerkennen und mit deren Vertretern nicht verhandeln wollten. Zum ersten mal ist jetzt hier eine Wandlung vollzogen, der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat seine bisherige Haltung geändert und die Organisationen anerkannt. Muß dieser bedeutungsvolle Erfolg aber nicht wieder in Frage gestellt werden, wenn die Unternehmer nachher mit Recht sagen können: Was nutzen uns Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Organisationsvertretern, wenn sie nachher von den Mitgliedern nicht anerkannt werden und der Friede doch nicht herbeigeführt wird.

Man sieht auch hier wieder, daß der sozialdemokratische Radikalismus eine Gefahr und schließlich der Ruin jeder praktisch gewerkschaftlichen Gegenwartsarbeit ist. Das kommt aber davon, wenn die Massen sonst in der Presse und in den Versammlungen mit radikalen Phrasen und Schlagworten vollgepfropft werden, sodaß sie in kritischen Situationen Vernunftgründen überhaupt nicht mehr zugänglich sind. Auf diese falschen Erziehungsmethoden haben wir schon öfter hingewiesen und die Nachklänge zu allen größeren Kämpfen zeigen, wie recht wir hatten.

Im vorliegenden Fall waren aber auch die direkten materiellen Erfolge so weitgehend, daß eine Opposition gegen die Einigungsbedingungen durchaus unangebracht erscheinen muß. Mindestlöhne von 40 Pfg. bei Neueingestellten, 2 Pfg. Lohnzulage für alle Arbeiter, eine Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche, innerhalb drei Jahren zusammen 4 Stunden wöchentlich, welche große Industriegruppe hat den den Arbeitern schon solche Zugeständnisse gemacht? Und wenn dann die Arbeiter noch immer nicht zufrieden sind und das Resultat einer bald zweiwöchentlichen ausdauernden Verhandlung illusorisch zu machen suchen, dann ist das eine Ueberspannung des eigenen Machtgefühls und eine Diskreditierung des Ansehens der Gewerkschaften, die aufs schärfste verurteilt werden muß. Außerdem wird der Erfolg dadurch gefährdet und der zukünftigen gewerkschaftlichen Praxis nur Steine in den Weg gerollt.

Von den Mitgliedern unsers christlichen Metallarbeiterverbandes erwarten wir, daß sie den radikalen Elementen keine Heeresfolge leisten. Nachdem der Friede mit größter Mühe in den Hauptpunkten abgeschlossen

ist, haben unsere Mitglieder überall die Arbeit aufzunehmen, sobald die Werke in Betrieb gesetzt werden. Etwaige örtliche Einzelheiten sind einer späteren genaueren Festsetzung ausdrücklich vorbehalten worden und das wird sich doch ohne Weiterungen regeln lassen, ohne daß der Frieden deshalb gefährdet zu werden braucht.

### Nachklänge in der Presse.

Die Beilegung des Werftarbeiterkampfes und damit verbundene Abwendung der Massenaussperrung ist in der gesamten Presse mit einigen Ausnahmen aufrichtig begrüßt worden. Wir wollen nachstehend einige Preßstimmen wiedergeben und kritisch beleuchten. Die der Großindustrie nahestehende „Kölnische Zeitung", brachte am 8. Oktober einen objektiv gehaltenen summarischen Rückblick auf den Kampf. Eingangs werden die Folgen einer eventuellen allgemeinen Aussperrung ausgemalt.

„In opfervollem unnötigen Ringen würden dann auf beiden Seiten große Werte vernichtet worden, und über viele tausend Familien Not, Kummer und Elend hereingebrochen sein. Der erbitterte Kampf würde, wie wir es unlängst beim Bauarbeiterstreik gesehen, auch den Arbeitern ungeheure Lasten auferlegt haben und bei den großen, dann erforderlichen Streikunterstützungen wären wohl auch die gefülltesten Kassen bald geleert worden. Auf die Dauer hätte das Ende doch ein Einlenken sein müssen, und die Arbeitgeber würden wohl letztes Ende Sieger geblieben sein, wenn auch sie nur unter großen finanziellen Opfern. Daß der Kampf eine solche Entwicklung genommen hatte, muß sehr bedauert werden. Bei dem bittern Ernste, mit dem der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller seine Unterstützung der Werften durchzuführen beabsichtigte, sind auch die extremsten Arbeiterführer vor den ungeheuern Opfern einer möglichen Massenaussperrung zurückgescheut und zu dem Bewußtsein ihrer Verantwortung gekommen. Wollte der Gesamtverband der deutschen Metallindustriellen den Werften wirksame Hilfe leisten, so blieb ihm nichts anderes übrig, als eine Gesamtaussperrung der in seinen Betrieben gewerblich organisierten Arbeiter ins Auge zu fassen, um ein machtvolles Mittel in der Hand zu haben, dem politisch-wirtschaftlichen Machtkampf zu begegnen, der den Arbeitgebern aufgedrungen worden war. Und als dann in diesen letzten ernsten Tagen die Dinge auf des Messers Schneide standen und kurz vor der Entscheidung die Arbeitgeber zu einem letzten versöhnenden Versuch die Hand boten, da haben auch die bisher starr auf ihren Forderungen beharrenden extremen Arbeiterführer im Werftbetriebe ein Einsehen gehabt und ein anerkennenswertes Entgegenkommen gezeigt. Die Vertreter der Werften, die neue Arbeitsvertragsbedingungen vorgelegt hatten, haben wie auch die Vertreter der Werftarbeiter, in einer sachlichen nochmaligen Prüfung dieser Bedingungen sich zu weitem Entgegenkommen auf beiden Seiten geneigt gezeigt und dabei gemeinsam, wenn auch schweren Herzens, den Boden einer Verständigung gefunden, auf Grund deren die Wiederaufnahme der Arbeit auf den Werften nun glücklicherweise gesichert ist und ein erbitterter sozialer Kampf mit seinen unabsehbaren traurigen Folgen zum Segen unseres Vaterlandes abgewendet wird. Mit großer Spannung und Besorgnis hat man im Reiche und auch im Auslande dem Ausgang der Friedensverhandlungen entgegengesehen, und da die Zuspitzung des Kampfes bisher auch schon genug Opfer gekostet hat, wird im ganzen Lande die erfreuliche bessere Wendung, die dieser wirtschaftliche Kampf genommen hat, allenthalben freudig begrüßt."

Ob die Unternehmer ihres Sieges bei einer längeren Dauer der Massenaussperrung so sicher gewesen sind, kann füglich bezweifelt werden. Es gibt eben auch Phyrrussiege, die einer Niederlage sehr ähnlich sehen. Die „Kölnische Zeitung" hält bei dem Rückblick auf den Verlauf des Kampfes auch mit einer Anerkennung für die Arbeitervertreter nicht zurück. „Während allen diesen Verhandlungen der beiderseitigen Vertreter, die am 26. September begonnen und bis zum 6. Oktober gedauert haben, und die in jeder Weise sachlich geführt wurden, zeigte sich bei den Werftvertretern wie bei den Vertretern der Arbeitnehmer das eifrige Bestreben, eine Einigung im Werftarbeiterstreit herbeizuführen, um dadurch der drohenden Riesenaussperrung in der Metallindustrie den Boden zu nehmen. Daß die Arbeiterführer ihr Aeußerstes getan haben, um die Werftarbeiter für die Annahme der neuen Arbeitsbedingungen zu bestimmen, verdient volle Anerkennung."

Daß ein großindustrielles Blatt eine solche Anerkennung findet, ist doppelt beachtenswert.

Wir haben aber auch Scharfmacherblätter in Deutschland, denen jedes Entgegenkommen gegen die Arbeiter ein Greuel ist und die jetzt das schärfste Verdikt über die Werftunternehmer resp. die Beauftragten des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller fällen, weil sie eingelenkt haben. Ein solches Produkt der Verhetzung und Schürung der Klassengegensätze ist ein Artikel der „Hamburger Nachrichten", der am Tage nach dem Friedensschluß erschien. Der erste Teil des Scharfmacherergusses lautet:

„Unter dem frischen Eindruck des Friedensschlusses im Werftarbeiterstreik haben wir uns gestern begnügt, die Ereignisse zu registrieren und unsere Befürchtungen nur anzudeuten. Wir hofften auf weitere Erläuterungen zu dieser Einigung, wodurch vielleicht der Entschluß der Arbeitgeber überzeugende Begründung erfahren würde. Heute müssen wir offen aussprechen, daß die gestern vollzogene Einigung schlecht und recht nichts anderes bedeutet als eine Niederlage der Arbeitgeber unter erschwerenden Umständen. Wir wiederholen: unter erschwerenden Umständen —; denn eine Niederlage, die nach Erschöpfung aller Mittel einem zielbewußten und zähe geführten Kampfe ein Ende macht, ist an sich eine Notwendigkeit, die der eine der kämpfenden Teile zuletzt auf sich nehmen muß. Darum handelt es sich hier jedoch nicht, sondern um eine freiwillig übernommene Niederlage, die nicht die Gewähr für friedliche Arbeit auf neugewonnener Grundlage in sich trägt, sondern die Gefahr einer Wiederholung desselben Kampfes unter ungünstigeren Verhältnissen birgt. Das möchten wir vor allem betonen: diese Einigung ist kein ehrlicher Friede, sondern eine Waffenstreckung, die durch eine Art von Ueberrumpelung erzielt worden ist.

Es würde garnichts nützen, diese Tatsache zu beschönigen. Weiche Gemüter werden vielleicht über unsere Auffassung entsetzt sein, andere werden die Gelegenheit wahrnehmen, uns als Friedensstörer zu verschreien; kein Unterrichteter jedoch wird ernsthaft leugnen können, daß wir nur aussprechen, was ist. Alle wesentlichen Forderungen der Arbeitnehmer sind erfüllt worden, vor allem Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Was man daneben hat fallen lassen, ist vor geringer, nur taktischer Bedeutung als Kampfmittel. Bestand nun wirklich eine moralische oder eine wirtschaftliche Notwendigkeit, diese Bedingungen anzunehmen? Wir glauben, weder die eine noch die andere. Es waren keine Forderungen, die aus einer anzuerkennenden Notlage hervorgingen, und was die wirtschaftliche Lage anlangt, so ist nicht einzusehen, weshalb die Werftbesitzer jetzt nicht in der Lage gewesen wären, die Kraftprobe mit vollem Erfolge auf sich zu nehmen."

Dann sucht das Scharfmacherorgan nach einer Erklärung für die Waffenstreckung der Unternehmer. Es will sie in einer „tiefen Mutlosigkeit" (mit andern Worten: schlotternder Angst) wegen der Straßenkrawalle in Moabit gefunden haben. Die gegenwärtige Regierung habe sich diesen Vorgängen gegenüber als machtlos erwiesen. Ihr fehle die Kraft und Energie, um Recht und Gesetz unter allen Umständen zu schützen. Daher würde man es den Unternehmern nicht verdenken können, wenn sie für sich ihre Konsequenzen daraus gezogen hätten.

Das rabiate Hamburger Scharfmacherblatt sieht zweifellos Gespenster. Mit seiner Auslegung hat es den Unternehmern, denen es doch angeblich dienen will, den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen. Merkt das Blatt denn gar nicht, daß seine Deduktion nichts anders wie eine Bankerotterklärung vor einem radaulustigen Großstadtjanhagel bedeutet? Aber wenn das Blatt gar an weitere ernstliche revolutionäre Vorstöße denkt, daß dann mit solchen schwarzseherischen überspannten Lamentationen nur der radikalen Sozialdemokratie die Segel geschwellt werden? Man sieht, daß auch der Scharfmacherkoller blind machen kann. In der „Kölnischen Zeitung" ist die Auffassung der „Hamburger Nachrichten" dann auch von wohlunterrichteter Seite aus dem Unternehmerlager sofort als unzutreffend zurückgewiesen worden. Nicht die Angst vor Unruhen, sondern andere Gründe hätten die Unternehmer zum Nachgeben veranlaßt. Die Antwort ist wichtig genug, hier angeführt zu werden:

„Man würde indessen sehr fehlgehen, wenn man diese eigenartige politische Deutung der Beweggründe der Unternehmer zu ihren Zugeständnissen als mehr denn die Ansicht ganz Vereinzelter ansehen wollte. Ich wenigstens bin bei meinen Unterredungen mit den in Frage kommenden Unternehmern niemals einer derartigen Erklärung begegnet und ich glaube auch nicht, daß es vielleicht einsichtige Unternehmer gibt, die im Ernste befürchten, die Staatsgewalt werde etwaigen Unruhen aus Arbeiterbewegungen nicht gewachsen sein oder etwas zum Schutze von Recht und Gesetz versäumen. Ich habe vielmehr lediglich immer wieder nur die eine Erklärung für die widerstrebend eingeräumten Zugeständnisse an die Arbeiter gehört, daß man dem Einlenken der Organisationen im Hinblick auf die ihnen auferlegten Riesenopfer der angedrohten Aussperrung gerechnet habe. Von dem Moment aber, wo die Arbeiter entschlossen waren, volle vierzehn Tage auf jede Entschädigung aus den Verbandskassen zu verzichten und auch sonst alle irgend erforderlichen Opfer zu bringen, entstand die Befürchtung, daß die Aussperrung, wenn sie nicht geradezu über viele Wochen ausgedehnt werden könnte, sich als unwirksam zur Durchdrückung des Standpunktes der Werften erweisen und obendrein die Metallindustrie und damit weite Teile der deutschen Volkswirtschaft zu einem Zeitpunkt ansteigender Konjunktur und scharfen Auslandswettbewerbes in ihren Tiefen erschüttern würde. Daß diese Erklärung die einzig zutreffende ist, kann im Ernste nicht geleugnet werden; das erhellt auch klar aus der Tatsache, daß man der Kommission des Metallarbeiterverbandes erst dann so recht eigentlich entgegenkam, als der erwähnte Beschluß der Arbeiter zu der Aussperrung gefaßt worden war, während man noch lange nach Abschluß der Moabiter Vorgänge nicht daran dachte, so weit entgegenzukommen, wie es dann später tatsächlich geschehen ist.

Es mag nicht angenehm sein, diesen Zusammenhang der Dinge fest ins Auge zu fassen, allein eine Vogelstraußpolitik wäre hier weniger denn je am Platze. Der Verlauf der Bauarbeiterbewegung und jetzt der Bewegung der Werftarbeiter enthalten unseres Erachtens wichtige Lehren für die Zukunft. Wird es möglich werden, in Zukunft alle auftauchenden Fragen zwischen Unternehmern und Arbeitern von Organisation zu Organisation friedlich zu schlichten, was allerdings eine wesentliche Aenderung der

## Erfindungen und Erfinder.

Von Dr. Heinrich Wiesenthal.

Ueber kein Gebiet menschlicher Tätigkeit herrschen so widersprechende Ansichten, wie über das Erfinden. Oft hört man Leute sagen: Mein Sohn soll Chemiker oder Techniker werden, dann kann er etwas ordentliches erfinden und ein gemachter Mann werden. Andere wieder, die alles wissen und alles verstehen, verziehen die Mundwinkel und zucken mitleidig die Achseln; Erfinder und Hungerleider sind für sie dasselbe. Die Wahrheit liegt auch hier, wie so oft, auf beiden Seiten. Es gibt Leute, die durch einen glücklichen Gedanken, durch einen praktischen Griff plötzlich reich geworden sind; andere setzen ihr ganzes Wissen und Können, ihr Vermögen daran, sie opfern die besten Kräfte ihres Lebens dem einzigen Ziel, um dann am Ende ihrer Tage mut- und meist auch mittellos einzusehen, daß sie es nicht erreichen.

Diese letzteren sind noch lange nicht die schlechtesten Köpfe, ihre Probleme sind noch lange nicht die unbrauchbarsten, nützen doch oft genug andere die mühevollen Vorarbeiten jener unglücklichen Erfinder erfolgreich aus. Der Erfolg ist die Hauptsache, nach dem Wie und Woher fragen nur Idealisten. Das Leben so vieler reichbegabter Erfinder ist ein Trauerspiel, dessen Schlußakt oft zu Tränen rührt. Wir brauchen nur hineinzugreifen in die Geschichte der Erfindungen, die Beispiele liegen massenhaft zur Hand.

Eins der traurigsten Erfinderlose zeigt Phil. Reis, dem wir das Telefon verdanken. Im Jahre 1860 war er mit Versuchen über die Gehörwerkzeuge des Menschen beschäftigt, und kam bei diesen Arbeiten zur Konstruktion eines Telefonapparates, den er in den nächsten Jahren wesentlich verbesserte. Aber an sein Projekt, das gesprochene Wort auf elektrischem Wege meilenweit verständlich machen zu können, glaubte niemand; sogar die Fachwelt hatte nur Hohn und Spott für den genialen Erfinder. Professor Poggendorf, ein angesehener Berliner Physiker, erklärte den Apparat für Spielerei; war doch der Erfinder kein Zunftgelehrter, sondern ein Mann, der sich durch technische Begabung und eisernen Fleiß ohne systematische Schulung aus den kleinsten Verhältnissen bis zum Mathematiklehrer in die Höhe gearbeitet hatte. Eins seiner Telefone kam nach Amerika, wo man den guten Gedanken aufgriff resp. den Apparat weiter verbesserte — und 12 Jahre später brachte Graham Bell ein brauchbares Telefon nach Deutschland. Jetzt erinnerte man sich auch des ursprünglichen Erfinders Reis, aber zu spät. Völlig verarmt war er bereits 1874 im Alter von kaum 40 Jahren an der Auszehrung gestorben. Das Denkmal, das man ihm 11 Jahre nach seinem Tode setzte, konnte ihn für die bitteren Enttäuschungen, die man dem Lebenden zugefügt, nicht entschädigen.

Ein ähnliches Los hatte der Erfinder der Papierwäsche, Sidney Clarke. Während die Ausnützung seiner Erfindung eine gut rentable Industrie schuf, blieb er in äußerster Armut und starb hochbetagt von der Welt vergessen. William Lee, ein armer englischer Hilfsprediger, erfand den Handkulierstuhl zur Herstellung von Wirkwaren und ging, weil ihm seine Heimat England keine Unterstützung gewährte, nach Paris. Aber auch hier versagte man ihm die entsprechende Anerkennung, und derselbe Mann, dessen Erfindung Tausenden Reichtum brachte, starb in den dürftigsten Verhältnissen.

Der Berliner Chemiker Marggraf hatte Zucker in der schlesischen Runkelrübe festgestellt und zugleich ein Verfahren gegeben zur Gewinnung des kostbaren Produktes, das man bisher im beschränkten Maße aus dem teuer zu beschaffenden ausländischen Zuckerrohr fabrizierte. Die Entdeckung resp. Erfindung war von ungeheurem Wert für Deutschland, besonders als infolge der Sklavenbefreiung der Preis des Zuckerrohrs kolossal stieg und zahlreiche Zuckerfabrikanten den Betrieb einstellen mußten. Aber Marggraf erntete weder Lorbeer noch Geld; ja gute Freunde und Kollegen erklärten die von ihm vorgezeigten Zuckerproben für Fälschungen; 50 Jahre später nahm sein Schüler Achard die Arbeiten Marggrafs wieder vor und gründete auf dem schlesischen Gute Cunern die erste Rübenzuckerfabrik. Aber auch Achard war kein Kind des Glückes; allerlei Widerwärtigkeiten störten die ruhige Entwicklung der neuen Industrie in Deutschland, während sie in Frankreich recht gute Aufnahme gefunden hatte und schnelle Fortschritte machte. Erst nach Achards Tode kehrte die Rübenzuckerfabrikation in ihre Heimat zurück und nahm hier einen ungeahnten Aufschwung. Heute stellen in Deutschland 370 Rohzuckerfabriken aus etwa 14 Mill. To. Rüben jährlich mehr als 2 Millionen Tonnen Rohzucker her und beschäftigen eine Arbeiterzahl von fast 40 000 Köpfen.

Aehnlich wie die genannten Erfinder hat auch ein Mann, der der Eisenproduktion unberechenbare Dienste geleistet hat, erst sehr spät Anerkennung gefunden. Nämlich Martin, der Erfinder des Systems der nach ihm benannten Martinöfen, das einen vollständigen Umschwung und gewaltigen Aufschwung der Montanindustrie im Gefolge hatte. Dieser geniale Erfinder lebte bis vor kurzem in Frankreich unbekannt und in dürftigen Verhältnissen, während seine Erfindung Millionen und Milliarden in Werten schuf. Auf dem internationalen Kongreß des Montangewerbes im Juni d. J. in Düsseldorf hat man sich des Mannes erinnert und durch beträchtliche Zeichnungen der Eisen- und Stahlindustriellen diesem Bahnbrecher der Eisenzeit einen sorgenlosen Lebensabend gesichert. Wie traurig, daß dies nicht früher geschehen ist.

Sehen wir uns nun einmal die „dankbaren" Erfindungen an, die ihre Träger zu reichen Leuten, nicht selten auch zu Millionären gemacht, so sollte man meinen, daß diese Erfinder sich ganz besonders in ihre

bisher gewohnten Betrachtungsweise namentlich auf der Arbeitnehmerseite voraussetzen würde, oder wird ein gewaltiger Riesenkampf erforderlich werden auf Leben und Tod?"

Die Ausführungen des Hamburger Scharfmacherblattes — zu denen noch sehr vieles gesagt werden könnte — sollten den radikalen Elementen im sozialdemokratischen Lager zum Bewußtsein bringen, daß es auch für die Unternehmer große Schwierigkeiten zu überwinden und Grenzen des Entgegenkommens gibt. Rücksichtsloses Draufgängertum von beiden Seiten muß zum Ruin eines Gewerbes und schließlich zur Katastrophe führen, wobei die Arbeiter doch in erster Linie die Leidtragenden sein würden. Die goldene Mittellinie wird der beste Weg sein, um dem Arbeiterstand seinen Anteil an den Ergebnissen der Arbeit und Kultur zu sichern. Auf diesem Boden stehen die christlichen Gewerkschaften Deutschlands und sie zu stärken und immer kraftvoller auszubauen liegt im Interesse der Volkswirtschaft wie des Vaterlandes.

* * *

Wie inzwischen gemeldet wird, haben die Verhandlungen über die neuaufgetauchten Differenzen am Samstag den 15. Oktober zu einem Ergebnis geführt. Bezüglich der strittigen Punkte ist eine Verständigung herbeigeführt worden. Die Arbeit soll am Donnerstag den 20. Oktober wieder aufgenommen werden und die Einstellungen möglichst am Samstag den 22. beendigt sein. Ueber nähere Einzelheiten können wir erst in der nächsten Nummer berichten.

## Arbeiterbewegung und Fortschritt.

Von einem eifrigen Verbandskollegen, der zurzeit seiner Militärpflicht genügt, erhalten wir unter dieser Ueberschrift folgenden Aufsatz, dem wir gerne Aufnahme gewähren.

Alles auf der Welt, vom elendesten Dorf bis zur modernsten Großstadt, vom kleinsten Fürstentum bis zum größten Weltreich, ist dem Gesetz von Aufstieg und Niedergang unterworfen. Nicht jeder Niedergang führt zur Katastrophe. Von Periode zu Periode vergehen manchmal Jahrhunderte. Kommt der Niedergang, ganz gleich, ob davon ein Staatengebilde, eine Kulturepoche, das Erwerbsleben, oder alles zugleich betroffen wird, so beklagt man ihn, ohne zu bedenken, daß die Menschheit oft selbst an ihm schuld ist, und daß oft schon der Aufstieg infolge menschlicher Fehler den Keim des Niederganges in sich trägt. Häufig ist der Niedergang die notwendige Vorbedingung für eine neue viel bessere Zeitepoche nach dem Dichterwort: „Das Alte stürzt und neues Leben blüht aus den Ruinen." Die Menschheit ist oft genug nur durch Katastrophen auf den richtigen Weg zu weisen. Nur das, was in seinem innersten Kern gesund ist und sich an alle Verhältnisse anzupassen weiß, überdauert den Lauf der Jahrhunderte, wenn auch in veränderter Form.

Wie jeder Mensch seine Zukunft und seine Lebensbedingungen nicht dem bloßen Zufall überlassen darf, so darf auch keine Vereinigung und kein Volk seine Geschicke ungewissen Zufälligkeiten überlassen, sondern muß tatkräftig sein Schicksal selbst zu leiten suchen.

Soll ein Stand oder eine soziale Ordnung eine Zukunft haben, dann müssen Entwicklungs- und Erneuerungsmöglichkeiten vorhanden sein. Sind diese nicht vorhanden, dann tritt bald Stagnation ein und diese ist die Vorstufe des Verfalls. Unsere Gesellschaft und nicht zuletzt der Arbeiterstand müssen sich stets in der Fortentwicklung befinden, sonst fallen sie der Verknöcherung anheim. Die Geschichte liefert uns dafür die schlagendsten Beweise. Wir haben Stände gehabt, z. B. die Handwerker des Mittelalters, die in ihren wohlausgebauten Organisationen das Vollkommenste auf der Welt geschaffen zu haben glaubten, aber auf der erreichten Entwicklungsstufe stehen blieben, die allgemeinen Strömungen ihrer Zeit zu beachten vergaßen und von der weiteren Entwicklung fast hinweggefegt wurden. Weil die Gestaltung der Gegenwart und Zukunft in bedeutendem Maße von der Beschaffenheit der Menschen, ihrer Bildung, ihrer sittlichen Eigenschaften usw. abhängig ist, so gilt es, wollen wir bestimmend in die Zukunft eingreifen, die Menschheit zur Erkenntnis der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben zu erziehen, sie befähigen, die jeweiligen Entwicklungstendenzen zu erfassen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Wer die Entwicklung der verschiedenen Völker und Stände auch nur oberflächlich kennt, der weiß, daß diejenigen auf die Dauer zum größten Ansehen und zur größten Machtentfaltung gelangt sind, die sich geistig, wirtschaftlich und sittlich auf eine höhere Stufe zu bringen suchten.

Als Gewerkschaftsorganisation fallen uns bei der Arbeit um den allgemeinen Fortschritt bedeutungsvolle Aufgaben zu, sodaß wir alle Kräfte anspannen müssen, um die uns gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Die Zukunft eines Volkes hängt zum Teil von seiner Bildung ab. Unter Bildung wollen wir nicht nur Wissen, sondern auch die Fähigkeit, an schwierige Aufgaben heranzutreten, das Für und Wider genau abzuwägen und die richtigen Schlüsse zu ziehen, verstanden haben. Ein Volk ohne genügende Bildung wird nur selten die Vorteile ausnützen können, die ihm sein Klima, seine geographische Lage, seine Bodenverhältnisse und sein Bodenreichtum gewähren. Weitblickende Männer schreiben die großartige Entwicklung und das Ansehen der deutschen Industrie der zunehmenden Volksbildung zu. Würden die Bewohner der unbildlichen Länder geistig hochstehen, dann würden sie alles, was ihnen die Natur in oft verschwenderischer Weise gegeben hat, selbst ausnützen und dies nicht fremden Völkern überlassen, wodurch letztere noch die Oberherrschaft über die Eingeborenen gewinnen. Ein gebildetes Volk läßt sich von einem anderen Volk nicht leicht übervorteilen. Ebenso läßt ein gebildeter Stand sich nicht um die ihm zustehenden Früchte bringen. Mit der zunehmenden Bildung der Arbeiter fällt es den Unternehmern schwerer, die Rechte der Arbeiter zu kürzen. Die großen gewerkschaftlichen Kämpfe des letzten Jahrzehnts haben uns deutlich gezeigt, daß die Arbeiterschaft um ihre Rechte und Interessen zu kämpfen weiß.

Der aufgeklärte Arbeiter der Mittel- und Großstadt darf nun keineswegs auf seinen weniger gebildeten Standesgenossen einer zurückgebliebenen Gegend mit Geringschätzung oder gar Verachtung herabsehen, denn die Bildungsmöglichkeiten sind in der Stadt naturgemäß größer wie auf dem Lande. Mancher Bewohner einer einsamen Gebirgs- oder Waldgegend hat oft einen praktischeren Sinn wie der Städter. Das ist auch weiter nicht Wunder zu nehmen. Der Städter, der in all seinen Bewegungen beschränkt ist, jahrelang dieselben Straßen geht, täglich dieselben Eindrücke in sich aufnimmt, dessen Gedankenwelt wird von diesen Aeußerlichkeiten beeinträchtigt. Der Land- und Waldbewohner, der sich nach Herzenslust in Feld und Wald bewegen kann und nicht immer an künstliche Straßen und Promenaden gebunden ist, der in der Feierstunde meilenweit auf das blaue Meer schauen, oder den dunklen grünen Wald mit seinem Vogelgesang und Blättersäuseln bewundern kann, die mannigfaltigen Naturereignisse und den Wechsel der Jahreszeiten mit ihrem Segen und Vergehen, ihrer Poesie und Sage auf sich einwirken läßt, der muß mehr Phantasie und einen höheren Gedankenflug haben, wie der in das Joch der ewigen Eintönigkeit gepreßte Städter. Solange die Gesellschaft und in ihr auch der vierte Stand ständigen Zufluß frischer Kräfte von Gegenden mit einer zwar weniger entwickelten Bildungsstufe erhalten, deren Bewohner aber einen praktischen Sinn und eine gute Beobachtungs- und Auffassungsgabe besitzen, brauchen wir nicht zu sorgen, daß unser geistiges Leben auf ein totes Gleis gerät.

Fördern wir deshalb die geistige Bildung in unseren Reihen mit dem Ziel, jeden Gesinnungsgenossen zu einem selbständig und kritisch denkenden Menschen zu erziehen, dann wird die mancherorts anzutreffende Geringschätzung der geistigen Arbeit verschwinden; durch die Beteiligung aller am geistigen Leben wird dieses immer wieder neue Anregungen erhalten und nicht zum Stillstand kommen.

Mit der zunehmenden geistigen Bildung muß der wirtschaftliche Fortschritt gleichen Schritt halten. Ein geistig gebildetes, aber wirtschaftlich armes Volk, gleicht einem Reiter ohne Roß, einem Soldaten ohne Waffe. Oft sind gute wirtschaftliche Verhältnisse sogar die Vorbedingung zur Teilnahme am Geistesleben. Ein Volk, das wirtschaftlich gut dasteht, ist in der Lage, sich die Bildungsquellen zu erschließen. Auf der andern Seite kann sich ein gebildetes Volk unter schwierigen Verhältnissen wirtschaftlich emporarbeiten. Der nimmermüde und stets unzufriedene Menschengeist schafft auch dort Erwerbsmöglichkeiten, wo dies vor Jahrzehnten unmöglich erschienen ist. Durch stete technische Verbesserungen, Anlegen der verschiedenen Arten von Verkehrsstraßen, das Verlegen der Industrie in von der Natur vernachlässigte Gegenden, wird zurückgebliebenen Volksschichten der wirtschaftliche Aufstieg ermöglicht.

Da die Konkurrenzkämpfe der Völker um die wirtschaftlichen Vorteile am schärfsten geführt werden, so hat dasjenige Volk die meiste Aussicht auf die Vorherrschaft, welches alle Vorteile in der Gütererzeugung am besten auszunützen versteht. Dies ist nur dann möglich, wenn wir einen ständigen Fortschritt auf technischem Gebiete verzeichnen können. Ein geistig und wirtschaftlich hochstehendes Volk wird auch seine Gesundheit zu schätzen wissen und nicht vor Opfern zurückschrecken, wenn es gilt, diese wieder herzustellen und zu bewahren. Nur ein gesundes Volk wird auf die Dauer aus den geistigen und wirtschaftlichen Konkurrenzkämpfen siegreich hervorgehen.

Geistige Bildung und wirtschaftlicher Wohlstand verbürgen erst dann die Zukunft eines Volkes, wenn es sich von Recht und Gerechtigkeit leiten läßt. Ein Volk, bei dem „Treu und Glauben" und der Satz: „Ein Wort, ein Mann" nicht mehr in Geltung sind, hat keine Zukunft. Ein Stand, der sich bei seinen Interessenkämpfen nicht vom Recht, sondern von der brutalen Macht leiten läßt, gräbt sich sein eigenes Grab. Ein Stand, der es aufgegeben hat, für seine Ideale zu streiten, weil der Kampf Opfer kostet, hat den Keim des Unterganges in sich aufgenommen. Wo die Besitzenden ihr wirtschaftliches Uebergewicht dazu mißbrauchen, die Ueberzeugung der Unbemittelten zu vergiften, da wird der Keim zu einer mächtig auswachsenden Korruption gelegt. Ein Volk, welches das Familienleben, jene Institution, aus welcher so unendlich viel Segen für die Menschheit geflossen ist und fließt, nicht mehr achtet, sich der Sittenlosigkeit hingibt, ist dem Untergange geweiht, wie uns dies die Geschichte an zahlreichen Fällen lehrt. Freuen wir uns, wenn so viele Faktoren, Kirche und Schule, Elternhaus, religiöse und soziale Vereinigungen, hoch und niedrig an der sittlichen Erneuerung der Gesellschaft arbeiten.

Alle Bestrebungen mit dem Ziel, das Volk geistig, wirtschaftlich und sittlich zu heben, müssen wir unterstützen. Diese drei Faktoren müssen nebeneinander und miteinander an der ständigen Erneuerung und Fortentwicklung des Volkes arbeiten, dann sind wir vor über Nacht hereinbrechenden Katastrophen sicher. Da wir Arbeiter erst dann ein Recht haben, über die Mißstände im sozialen Leben zu klagen, wenn bei uns selbst alles in Ordnung ist, so wollen wir in unseren Reihen geistige Bildung, wirtschaftlichen Wohlstand und sittliche Energie mit allen Kräften fördern. Die Bildung können wir nur insoweit fördern, wie sie mit der Erreichung unserer Ziele zusammenhängt. Anderen Faktoren lassen wir hier ein großes Betätigungsfeld offen.

Wenn man die Arbeiterschaft einer Gegend, in der die Gewerkschaftsbewegung hoch entwickelt ist, mit der einer anderen Gegend, in der die Gewerkschaftsbewegung überhaupt noch keinen Fuß gefaßt hat, vergleicht, dann findet man ohne große Mühe, daß erstere infolge der Tätigkeit der Gewerkschaften geistig bedeutend höher steht, wie letztere. Dadurch, daß wir im Kreise unserer Mitglieder die Bildung in mannigfachen Formen verbreiten, erwerben wir uns große Verdienste um die Allgemeinheit. Was wir in wirtschaftlicher Hinsicht geleistet haben, das sagen deutlich genug unsere Statistiken über unsere Kämpfe, Erfolge und die ausgezahlten Geldsummen in den verschiedenen Notfällen des Lebens. Da die wirtschaftliche Hebung unseres Standes die erste und vornehmste Aufgabe unserer Gewerkschaften und wirtschaftlicher Wohlstand oft die Vorbedingung geistiger Bildung und sittlicher Erneuerung ist, so wollen wir dafür Sorge tragen, daß sich unsere Erfolge der Gegenwart und Zukunft von den Erfolgen der Vergangenheit nicht übertreffen lassen.

Jeder Kampf, den wir um die Gleichberechtigung in der Gesellschaft, um die Anerkennung grundlegender Rechte und um die Achtung unserer Ueberzeugung geführt haben, war ein Kampf um die Festigung der sittlichen Grundsätze unserer Kollegen. Die Waffenbrüderschaft, die wir mit den konfessionellen Vereinen geschlossen haben, eröffnet wieder auf dem Gebiete der sittlichen Festigung ein großes Arbeitsfeld. Dadurch, daß Arbeiter durch ihre Bildung und Sachkenntnis befähigt werden, in der Gesellschaft höher zu steigen, führen wir der Gesellschaft frische und brauchbare Kräfte zu und verhindern eine allgemeine Verknöcherung derselben. Die Gesellschaft würde noch mehr brauchbare Kräfte erhalten, wenn sie die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes überall praktisch anerkennen würde.

Wir sehen, wie vielseitig die Wirkungen der christlichen Gewerkschaftsarbeit sind. Die Gewerkschaftsbewegung ist der Born, aus dem eine unermeßliche Fülle von Segen für das ganze Volk fließt. Je größer die Macht und der Einfluß der christlichen Gewerkschaften ist, desto nachhaltiger werden sie zu Gunsten des ganzen Volkes wirken können. K. P.

---

Probleme verlieft, daß sie ihnen jahrelange Arbeit geopfert haben, um dann auch etwas epochales, die Kultur hervorragend Förderndes hervorzubringen. Nichts von dem, gerade unter den dankbarsten Erfindungen sind so viel entbehrliche, nebensächliche, ja völlig überflüssige Dinge, daß es wie Hohn anmutet, wenn wir die Summen hören, die sie ihren Erfindern brachten. Der früher so allgemein beliebte gerieftte Glasfederhalter machte seinen Erfinder zum reichen Mann. Das französische Lärmspielzeug Cri-Cri soll seinem Verfertiger, der es zugleich ersonnen hatte, 2 Millionen Franken oder wie andere behaupten, einige Jahre lang 40 000 Mk. gebracht haben; am Fangbecher mit Kugel an der Schnur sollen 250 000 Mk., am Luftkreisel 200 000 Mk., im ganzen an die 2 Millionen Mark verdient worden sein, ja vom Schnürsenkel sagt man, er habe 12 Millionen Mark gebracht, während der Erfinder der Sicherheitsnadel das Fünffache gewonnen haben soll. Die Aufzählung dieser glücklichen Erfinder läßt sich noch viel weiter führen, besonders wenn wir die feinere Spielwarenindustrie betrachten.

Daß, um nur einige herauszugreifen, Männer wie Alfred Nobel mit seinen Sprengstoffen, Siemens und Edison mit ihren elektrotechnischen Erfindungen, Auer mit seinem Gasglühlicht, August Wilhelm Hofmann und Adolf Bayer, die beiden genialen Chemiker, die für die Entwicklung einer der bedeutendsten Industriezweige Deutschlands, für die Teerfarbenfabrikation, soviel geleistet mit ihren chemischen Erfindungen, daß Männer wie der Ingenieur Friedrich Hoffmann durch die Erfindung des Ringofens Riesensummen vereinnahmten, ist bekannt; es erklärt sich auch ohne Weiteres, da unsere modernen Erfinder keine weltfremden technischen Grübler, sondern meistens zugleich Finanzgenies sind. Dazu liegt das mobile Kapital ständig auf der Lauer nach Erfindungen und eine Wiederholung der traurigen Schicksale eines Reis oder Marggraf dürfte in Zukunft schwerlich noch möglich sein.

# Die Arbeiterversicherung in Europa.

III.

In den beiden vorhergehenden Nummern haben wir die Unfall- und Krankenversicherung in den verschiedenen Staaten derjenigen im deutschen Reiche gegenüber gestellt und gefunden, daß Deutschland im allgemeinen an der Spitze marschiert. — Auch in Bezug auf

**Invalidenversicherung**

ist Deutschland den übrigen Staaten weit voraus. Sie wurde angeordnet durch Gesetz vom 22. Juni 1889. Es ist gleichfalls eine Zwangsversicherung für alle Lohnarbeiter und Angestellten. Unternehmer wie Arbeiter haben Beiträge zu entrichten. Aus dem versicherungspflichtigen Verhältnis ausscheidende können sich weiter versichern. Kleinunternehmer können sich selbst versichern. Im Jahre 1908 gab es im Deutschen Reich 15,2 Millionen Personen, die bei der Invalidenversicherung versichert waren. Im Jahre 1908 gelangten durch diese Versicherung 152 691 476 Mk. Renten zur Auszahlung. Zu der genannten Summe liefert das Reich einen Zuschuß von 50,26 Millionen Mark, den übrigen Betrag hatten die Versicherungsanstalten aufzubringen bezw. die Versicherten und die Arbeitgeber je zur Hälfte. Als Beitragserstattung beim Ausscheiden aus dem Versicherungsverhältnis, Heirat der Arbeiterinnen usw. gelangten 9,2 Millionen Mark zur Zurückzahlung.

Zur Verhinderung völliger Erwerbsunfähigkeit können die Versicherungsanstalten erkrankte Versicherte in Heilbehandlung nehmen. Für das Heilverfahren sind im Jahre 1908 17 894 446 Mk. aufgewendet worden. Die Unterstützung an Angehörige der in Heilbehandlung genommenen Versicherten betrugen 1,57 Millionen Mark. Die Gesamtleistung betrug 181,5 Millionen Mark. Vom 1. Januar 1891 bis zum 31. Dezember 1909 sind 2 332 708 Ansprüche der Versicherten anerkannt worden. Von 1891 bis 1908 betrug die Gesamtleistung der Invalidenversicherung 1682,5 Millionen Mark.

Eine alle Lohnarbeiter und Angestellte umfassende Alters- und Invalidenversicherung hat außer Deutschland nur Frankreich. Durch Gesetz vom 5. April 1910 werden dort der Zwangsversicherung unterworfen: alle Angestellten und Lohnarbeiter einschließlich der Dienstboten, sofern deren Gehalt oder Lohn 2400 Mk. nicht übersteigt. Die Zahl der Zwangsversicherten wird zirka 11 Millionen Personen betragen. Neben der Zwangsversicherung sieht das Gesetz noch eine freiwillige Versicherung der Kleinbauern, Handwerker und Kleinunternehmer vor, die gewöhnlich allein, mit ihren Familienangehörigen oder mit einem Gehilfen arbeiten; ferner können sich versichern Frauen, die keinen Lohn beziehen, und Witwen von Versicherungspflichtigen, sowie Angestellte, deren Bezüge 2400 Mark übersteigen, aber unter 4000 Mark bleiben. Zu den Einzahlungen der freiwillig Versicherten leistet der Staat einen Zuschuß in Höhe von einem Drittel der Einzahlung.

Die Beiträge werden wie in Deutschland je zur Hälfte von Arbeitern und Unternehmern aufgebracht. Sie sind jedoch nicht nach der Lohnhöhe abgestuft. Es haben die versicherten Männer 7,20 Mk. und die Frauen 4,80 Mk. festen Beitrag zu zahlen, denselben Betrag die Arbeitgeber. Die Renten werden auf Grund der Einzahlungen berechnet. Der Staat leistet zu jeder Rente einen Zuschuß von 8 Mk. jährlich, wenn der Versicherte das 65. Lebensjahr erreicht und mindestens 30 Jahresbeiträge geleistet hat; sind weniger als 30, aber mehr als 15 Jahresbeiträge geleistet, so beträgt der Zuschuß des Staates 1,50 Frank, vervielfältigt um die Zahl der Jahresbeiträge.

Von den übrigen europäischen Staaten haben noch Oesterreich-Ungarn und Belgien eine Zwangsversicherung für Bergleute. In Italien, Großbritannien, Finnland und Spanien bestehen noch freiwillige Versicherungen, die aber meistens von verhältnismäßig geringer Bedeutung sind, und deren Unkosten durch Prämien der Versicherten und durch Zuschuß des Staates aufgebracht werden.

So zahlt z. B. Ungarn einen Staatszuschuß von 170 000 Mk. jährlich; Italien einen solchen bis zu 8 Mk. pro Kopf; Belgien 5 Millionen, Großbritannien seit kurzer Zeit 160 Millionen Mark.

Das Deutsche Reich hat seit dem Bestehen der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung, 1891 bis 1908, die Summe von 535 726 324 Mk. Zuschuß an diese geleistet.

Die Gesamtleistungen der deutschen Sozialversicherung durch die drei Versicherungsarten in den letzten 24 Jahren ergeben hiernach die riesenhafte Summe von 6276 Millionen Mark (6 Milliarden 276 Millionen Mark). Den Leistungen der Unfall- wie der Invalidenversicherung sind dabei für 1909 jene Beiträge angerechnet, die im Jahre 1908 ausgegeben worden sind. Außerdem sind die Gesamtleistungen der Knappschaftskassen mit 368 Millionen Mark eingestellt.

Nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" beträgt die Summe der gesamten ordentlichen Ausgaben der Arbeiterversicherung 1885/1908 insgesamt 7 679 733 300 Mark.

Es wird anerkannt werden müssen, insbesondere von der loyal denkenden christlich-nationalen Arbeiterschaft, daß die Reichs-Sozialversicherung eine großartige Einrichtung ist zur Milderung der Notlage kranker und invalider Arbeiter oder deren Angehörigen. Eine Einrichtung, durch die überhaupt die ökonomische Lage der Arbeiterschaft gehoben, sie physisch und moralisch gekräftigt und vor dem Absturz bewahrt worden ist. Trotz mancher Mängel, die ihr noch anhaften, trifft das auf sie zu was das „Reichsgesetzblatt" bei Besprechung des Versicherungswesens in Nr. 8 dieses Jahres sagt:

„Es ergibt sich, daß die Gesetzgebung in Deutschland dem Arbeiter am günstigsten ist, weil sie vermöge des allgemeinen Versicherungszwanges nahezu alle Arbeiter gegen Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter sichert, die größere Hälfte der Beitragslasten den Arbeitgebern auferlegt, für Dauerschäden nicht einmalige Abfindungszahlung, sondern Renten gewährt, zu jeder Invaliden- und Altersrente einen jährlichen Reichszuschuß von 50 Mk. leistet und bei freiwilliger Höherversicherung den Versicherten erhöhte Bezüge ermöglicht; weil sie ferner neben den Geldleistungen wertvolle Sachleistungen bietet; insbesondere freies Heilverfahren für Erkrankte, Verletzte und Arbeitsschwache bis zur Heilung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit; endlich, weil sie durch vorbeugende Maßnahmen auf den Gebieten der Krankheits- und Unfallverhütung und durch planmäßige Bekämpfung der Volkskrankheiten die Volksgesundheit und die Volkswohlfahrt mächtig fördert."

Die anerkennenden Aeußerungen des ehemaligen Arbeitersekretärs und sozialdemokratischen Schriftstellers Paul Kampffmeyer über die deutsche Arbeiterversicherung sind der Hauptsache nach schon angeführt worden. Zwei Jahre früher, im Sommer 1900 bereits hat der jetzige sozialdemokratische Abgeordnete Hue in der „Rheinisch-Westf. Arbeiterztg. ausgesprochen: „Deutschland marschiert an der Spitze der Arbeiterversicherung, das dürfen wir mit Stolz behaupten" Das ist heute, zehn Jahre später, in noch höherem Maße als damals zutreffend. Aber gerade dieser Umstand ist es, der der Sozialdemokratie zur Schande gereicht. Sie hat in unverantwortlicher Weise, wie eingangs dieses Artikels an einigen Beispielen gezeigt wurde, gegen diese Versicherung gehetzt und die Arbeiter dagegen aufgewiegelt. Ihre Vertreter im Reichstag haben gegen die Versicherungsgesetze gestimmt. Das war Verrat an der Arbeitersache. Darüber hilft auch ihre teilweise veränderte Haltung zur Sozialversicherung nicht hinweg. Wäre es nach den Sozialdemokraten gegangen, hätten wir die so wohltätig wirkenden Versicherungsgesetze nicht. Tausende von Volksgenossen wären im Elend verkommen, und viele Millionen Mark wären der Arbeiterschaft vorenthalten geblieben. Das müssen und werden die deutschen Arbeiter sich gut merken.

Angesichts der Leistungen unserer reichsgesetzlichen Sozialversicherung, im Hinblick auf ihre vorzüglichen Wirkungen, werden die Arbeiter aber auch bereit sein zu opfer freudiger Mitarbeit; insbesondere auch dann, wenn es gilt, das Versicherungswesen auszubauen und immer vollkommener zu gestalten. Das für die Versicherungen angelegte Kapital ist nicht verloren, es verzinst sich reichlich. Es bringt Gewinn in der Gegenwart, aber auch dem künftigen Geschlecht, den Kindern und Kindeskindern.

S. P.

---

# England, Deutschland und Amerika.

Großbritannien, das Deutsche Reich und die Vereinigten Staaten von Amerika sind die drei großen Reiche, die nach der Zahl der Bevölkerung, nach Reichtum, nach der industriellen Entwicklung, nach den Naturgesetzen usw. immer mehr zu den Hauptfaktoren des Weltverkehrs und zu Werkstätten der Welt geworden sind. Wie Deutschland und die Vereinigten Staaten Großbritannien nach vielen Richtungen hin eingeholt und überflügelt haben, so haben alle drei Länder andere Staaten, wie Frankreich und Oesterreich mehr oder weniger weit zurückgelassen. Immer mehr sind diese drei Hauptindustrieländer auch die Hauptproduktionsländer für Kohle und Eisen geworden.

Die Art, wie sich diese drei Länder in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben, wie aus dem Farmerland Nordamerika der weitaus größte Eisen- und Kohlenproduzent und ein Land mit einer gewaltigen Industrie geworden ist, wie aus dem kapitalarmen, kleinbürgerlichen, von Hausindustrien durchzogenen Deutschland ein Land geworden ist, das fast in allen Industriezweigen mit England konkurrieren kann und in vielem England schon überflügelt hat und wie England mit seinen beiden Hauptkonkurrenten den Wettstreit aufgenommen, dieses Thema hat in den drei Ländern und darüber hinaus in der ganzen Welt die regste Aufmerksamkeit gefunden. Eine Menge von Büchern, Broschüren und Aufsätzen sind schon darüber geschrieben worden und noch immer erscheinen Bücher, die dieses Thema und die Folgerungen, die daraus gezogen werden, je nach dem Standpunkt, nach den Ansichten und Erfahrungen des Einzelnen behandeln. Welche Massen von Büchern, Broschüren und Aufsätzen sind allein in Deutschland schon über die „amerikanische Gefahr" und über den „Chamberlainismus" in Großbritannien geschrieben worden!

Und nicht nur in theoretischen Betrachtungen spielt der wirtschaftliche Gegensatz und der zunehmende Rivalitätsstreit zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland eine Rolle, er greift auch hinüber in das politische Leben der drei Nationen, in die Zollpolitik, in das gesellschaftliche Leben, in den Geschäftsbetrieb der großen Industrieunternehmungen und Schiffahrtsgesellschaften und in das Verhältnis der Arbeiterorganisationen.

In den Erörterungen darüber, wie die weiteren Rivalitätsstreitigkeiten zwischen Deutschland, Amerika und Großbritannien ausgekämpft werden, ob es in diesem Streite Sieger und Besiegte geben oder ob die weitere Entwicklung in ruhigen Bahnen vor sich gehen wird, so, daß sich die drei Länder einander ergänzen, wird meistens die Frage des Schutzzolls oder Freihandels voran gestellt. Ja, wenn man die Ansichten mancher Nationalökonomen, Schriftsteller und Kaufleute als richtig anerkennen könnte, so ließe sich die ganze Rivalität der drei Staaten durch Einführung des Freihandels beseitigen.

Da ist ein Buch von großem Interesse, das auch dem eifrigsten Freihändler die Erkenntnis beibringen sollte, daß die Frage, ob Schutzzoll oder Freihandel doch nicht so ausschlaggebend ist, als sie erscheint, ja, noch mehr, daß die Frage, ob Schutzzoll oder Freihandel in vielen Industrien der drei Hauptindustrieländer eine mehr untergeordnete Bedeutung einnimmt. Das Buch, von dem wir hier sprechen, ist ein Werk des Engländers Arthur Schadwell, das zuerst in England unter dem Titel: Industrial Efficiency (auf Deutsch: Industrielle Leistungsfähigkeit) erschienen ist und dessen Uebersetzung in Deutschland den Namen trägt: England, Deutschland und Amerika. (England, Deutschland und Amerika. Eine vergleichende Studie ihrer industriellen Leistungsfähigkeit. Arthur Schadwell. Ins Deutsche übertragen von Felicitas Leo Berlin: Carl Heymanns Verlag.)

Von den vielen Werken, die über England, Amerika, und Deutschland geschrieben worden sind, verdient dieses mit an allererster Stelle hervorgehoben zu werden. Schadwell kennt alle drei Länder, und er versteht überall sehr genau zu beobachten. Wer die mehr als 600 Seiten seines Werkes mit Aufmerksamkeit durchgearbeitet hat, wird vielfach ein tiefes Verständnis für die Eigenarten der Länder gewinnen, er wird die Entwicklungsart der drei Länder verstehen lernen und vielfach werden bestehende Vorurteile wegfallen. Der Deutsche aber, der dieses Buch liest, der wird erkennen, daß das deutsche Volk keineswegs Grund hat, in dem Rivalitätsstreit, der sich vielleicht noch verstärken wird, kleinmutig zu verzagen. Wie Nordamerika und England ihre Vorzüge haben, die ihnen einen Vorteil sichern, so hat auch Deutschland seine Vorzüge. Welcher Art die Vorzüge und Nachteile sind, die in den einzelnen Ländern hervortreten und auf welcher Grundlage sich im übrigen die Industrien in den einzelnen Ländern aufbauen, ist in dem Buche auf das genaueste geschildert, aber nirgends ist die Rede vom Freihandel oder vom Schutzzoll. Wir erfahren nicht, wie hoch die Zollposition bei diesem oder jenem Artikel ist und welche Steigerung des Zolles sich die Fabrikanten noch wünschen, wir erfahren aber dafür um so genauer, welche Arbeitsmethoden in den einzelnen Industrien anzutreffen sind, auf welche natürlichen Bedingungen sich die Industrien stützen, wie sich die Industriezweige entwickelt haben usw.

In den einzelnen Kapiteln des Buches steckt eine große Masse Material zur Beurteilung der Hauptindustrien, der Charaktereigenschaften des Volkes usw. Die Reichhaltigkeit des Buches wird durch die Kapitel-Ueberschriften angedeutet. Diese lauten: Allgemeine Vergleichspunkte und Nationaleigenschaften, Industriebezirke in England, Industriebezirke in Deutschland, Industriebezirke in Amerika Fabrikgesetzgebung, Fabrikzustände, Arbeitszeit, Löhne, Arbeitsentschädigung und Arbeiterversicherung, Wohlfahrtseinrichtungen, Wohnungswesen, Lebenskosten und physische Beschaffenheit, Soziale Zustände, Arbeiterorganisationen und Arbeitsstreitigkeiten, Armenwesen und Sparkassen, Volksschulunterricht, Technischer Unterricht und Schlußbetrachtungen.

Bei den allgemeinen Vergleichspunkten wird vor allem auf die bunte Mannigfaltigkeit der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten hingewiesen. Stammt die Bevölkerung in den Vereinigten Staaten schon im allgemeinen zu einem Viertel von Eltern, die im Ausland geboren sind, so haben in der Industrie und im Handwerk 56,2 Prozent der Bevölkerung ausländische Eltern. Hieraus und noch aus anderen Gründen ist eine Verschiedenartigkeit der Bevölkerung entstanden, die sich auch in der amerikanischen Arbeiterwelt sehr bemerkbar macht. „Der amerikanische Arbeiter", so führte einmal Schadwell aus, „Wen meint man damit? Den „armen Weißen in einer Baum-

wollspinnerei von Süd-Carolina — der wirklich ein amerikanischer Arbeiter ist — oder den New-Yorker Maurer, der vielleicht einer ist — höchstwahrscheinlich aber nicht — oder den ungelernten französischen Kanadier oder Griechen in einer Fabrik in Neu-England, den noch ungelernteren Slowaken in Pittsburg, den hochgelernten Yorkshirearbeiter oder Deutschen in Philadelphia, oder den unvermeidlichen Italiener?

Alle diese und eine Unmenge anderer, bei denen Verhältnisse, Charakter und Fähigkeiten ebenso verschieden sind, wie ihre Abstammung — alle diese unter der Bezeichnung „Amerikanischer Arbeiter" zusammenzufassen und ein verallgemeinerdes Urteil zu fällen, ist absurd. Wie absurd es ist, wird klar, wenn der Leser hört, daß der Wochenlohn eines Baumwollspinners in Amerika von 7 sh (7 Mark) bis 4 und 5 Pfund Sterling (80 bis 100 Mark) schwankt und die Wochenmiete eines Zimmers in den verschiedenen Industriezentren zwischen 6 d (50 Pfg.) und 6 sh (6 Mark) oder mehr variiert."

Die verschiedenen Arbeitsmethoden in den einzelnen Ländern erklären sich zum Teil aus dem Herkommen, aus den Angewohnheiten und aus dem Charakter der Bewohner. „Die Deutschen sind langsam zielbewußt, sorgfältig, methodisch und gründlich in der Arbeit" sagt Schadwell und er fährt in Bezug auf die Nordamerikaner fort: „Sie sind „helle", erfinderisch, scharfsinnig und unternehmender als irgend ein anderes Volk, aber sie sind flüchtig, unachtsam und ungründlich. Die Vorzüge dieses Temperaments treten schneller hervor als die Nachteile und sind daher auch mehr beachtet worden". Die Charakteranlagen machen sich aber mit der Zeit auch schon bemerkbar, und zwar um so mehr, je mehr diese Nachteile lange Zeit in den Hintergrund gedrängt worden sind. Die technischen Leistungen sind in Amerika oft auf das Höchste gebracht, aber diese technischen Leistungen, die so großartig aussehen, führen oft, wie des Näheren ausgeführt wird, zu — — Zeitverschwendung. Statt in einigen Sekunden ein paar Treppenstufen hinauf zu springen, wartet der Amerikaner ein paar Minuten, bis der Fahrstuhl aus der obersten Etage zurückkommt; statt einen Weg von 5 Minuten zu Fuß zurückzulegen, wartet der Amerikaner drei Mal so lang an der Haltestelle bis die Straßenbahn herankommt und dann läßt er sich womöglich noch auf einem langen Umwege an sein Ziel bringen.

Das sind nur einige Andeutungen aus dem einfachen Leben, wie der Amerikaner durch Ausnutzung mechanischer Hilfsmittel Zeit verschwendet.

Von großem Nachteil für das amerikanische Wirtschaftsleben der Zukunft muß die ungeheure Verschwendung sein, die die Amerikaner bisher mit ihren reichen Naturschätzen getrieben haben und an die sie sich bereits so sehr gewöhnt haben. In großem Umfange ist bisher nur Raubbau getrieben worden, es wurden nur solche Erdschätze ausgebeutet, die leicht angeeignet werden konnten. So ist es erklärlich, wie die Vereinigten Staaten in wenigen Jahrzehnten eine so gewaltige Entwicklung durchmachen konnten, so wird es aber auch erklärlich, wie sich die Produktionsverhältnisse nach und nach verschlechtern müssen.

Der Inhalt des Schadwell'schen Buches ist so reich, daß es sich nicht in einem einzigen Aufsatz erschöpfen läßt. Wir werden noch einmal darauf zurückkommen, und insbesondere darlegen, welche Verschiedenheiten in den Industrien und in der Entwicklung der Industrien bestehen. A. M. Berlin.

# Gewerkschaftliches.

## Die christlichen Gewerkschaften der Schweiz

hielten am 8. und 9. Oktober in Zürich ihren zweiten Kongreß ab. Ueber 100 Delegierte vertraten etwa 11 000 Mitglieder. Bemerkenswert war, nach dem Bericht der „Köln. Volksztg.", das Interesse der konfessionellen Arbeitervereine an den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften. Die evangelischen und katholischen Arbeitervereine waren vertreten, ebenso die Vereine der Freunde junger Männer und die katholischen Jünglingsvereine. Vom katholischen Volksverein der Schweiz war der Generalsekretär Dr. Hättenschwiler erschienen. Der Gesamtverband christlicher Gewerkschaften Deutschlands hatte den Gewerkschaftssekretär Franz Fischer (Mülhausen) entsandt. Eine lebhafte, begeisterte Stimmung beherrschte die Tagung, welche unter der Leitung des Präsidenten des christlichen Gewerkschaftsbundes, Gemeinderat Brilmeier (St. Gallen) stand.

Allgemeine Befriedigung rief bei dem Referat über den Stand der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung (J. Creven-Basel) die Feststellung hervor, daß die christlichen Gewerkschaften durchgängig die fast zweijährige wirtschaftliche Krise ohne wesentlichen Mitgliederverlust überstanden und nun wieder auf dem Wege des Vormarsches seien. Ende Juni 1910 betrug die Mitgliederzahl 11 780, was gegen das Vorjahr eine Vermehrung um 1434 bedeutet. Auch das innere Leben der christlichen Gewerkschaften weist bedeutende Fortschritte auf. Von der steigenden Konjunktur erhoffen die christlichen Gewerkschaften eine weitere günstige Entwicklung, obgleich ihnen nicht die agitatorischen Kräfte zur Verfügung stehen wie den gegnerischen Verbänden. Zu diesem Referat wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der zweite Kongreß der christlichen Gewerkschaften der Schweiz bestätigt die auf dem ersten Kongreß 1907 inbezug auf die christlichen Gewerkschaften niedergelegten Grundsätze. Der Kongreß erkennt in den außerhalb des sozialdemokratisch-atheistischen Klassenkampfstandpunkt stehenden christlichen Gewerkschaften das Mittel, um 1. durch den Abschluß von Tarifverträgen, 2. energische Befürwortung einer entschiedenen kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Sozialgesetzgebung und Versicherung, 3. Unterstützung des Genossenschaftswesens, die Lage des Lohnarbeiterstandes zu heben. Der Kongreß wendet sich gegen alle Versuche zur Einschränkung der freien Betätigung der Arbeiter in den Gewerkschaften, und verurteilt namentlich die Absicht der sozialistischen Gewerkschaften, durch Schaffung von Arbeitsnachweis- und Organisationsmonopolen, das gesetzlich gewährleistete freie Vereinigungsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung des Kongresses: Gewerkschaftsbewegung und Jugendorganisation referierte B. Widmer (Zürich). Dieses Referat rief die lebhafteste Diskussion hervor. Von allen Seiten wurde die Notwendigkeit der vermehrten sozialen Schulung der christlichen Arbeiterjugend anerkannt. Erfreulich war das Verständnis, welches diese Forderung bei den Vertretern der konfessionellen Jugendorganisationen fand. Die dem Kongreß unterbreitete bezügliche Resolution fand einstimmige Annahme. Dieselbe lautet:

„Der zweite Kongreß der christlichen Gewerkschaften ist überzeugt von der Notwendigkeit der sozialen Schulung der arbeitenden Jugend und der Heranziehung derselben zur Mitarbeit in den bestehenden christlichen Berufsverbänden, und zwar 1., um derselben Gelegenheit zu geben, innigen Anteil zu nehmen an den gerechten Bestrebungen der arbeitenden Klasse, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, und 2. um dieselbe von der sozialistischen Arbeiterbewegung fernzuhalten. Das Komitee des christlich-sozialen Gewerkschaftsbundes wird beauftragt, der konfessionellen Jugendorganisation zu gewerkschaftlichen Vorträgen Referenten zu stellen und Mittel und Wege zu suchen, um den jugendlichen Arbeitern den Beitritt in die christlichen Gewerkschaften zu erleichtern."

Jedenfalls ist diese Beschlußfassung von großer Tragweite für die christliche Gewerkschaftsbewegung. Der Referent legte besonderen Wert auf die Beweisführung, daß in dieser Aufklärungsarbeit nichts ein gemeinsames Vorgehen der christlichen Gewerkschaften und der konfessionellen Jünglingsvereine hindere. Im Gegenteil für beide Teile sei die Frage der Gewinnung der Jugend für die christliche Gewerkschaftsbewegung die Frage der Existenz.

Nachdem der Kongreß noch ein Referat von Großrat Dr. Joos (Basel) über die Arbeitslosenfürsorge auf kommunalem Gebiete entgegengenommen, krönte Prof. Jung (St. Gallen) die Tagung mit einem von idealer Auffassung der Gewerkschaftsfrage getragenen Referate über die christliche Weltanschauung und die christlichen Gewerkschaften. Ohne Diskussion fanden seine Thesen einstimmige Annahme; sie lauten: 1. Die christliche Weltanschauung bietet allein die richtigen Grundlagen einer gerechten Wirtschaftsordnung, 2. die christlichen Gewerkschaften haben sich als Endziel gesetzt eine auf Wahrheit und Gerechtigkeit fußende Hebung des Arbeiterstandes und damit Ausbau einer gerechten Volkswirtschaft. Es bildet also die christliche Weltanschauung die unerschütterliche Grundlage der christlichen Gewerkschaftsidee, 3. da aber die Gewerkschaft, gestützt auf die allgemeinen christlichen Grundsätze ihr wirtschaftliches Programm vollkommen führen kann, verzichtet sie auf alle konfessionellen und parteipolitischen Aufgaben und bewahrt in dieser Richtung einen neutralen Charakter.

Mit dieser programmatischen Erklärung schloß die Tagung. — Wir wünschen unsern christlichen Bruderverbänden in der Schweiz die günstigste Weiterentwicklung.

## Ein Wort für die christlichen Gewerkschaften

überschreibt sich ein Artikel, der in einer Anzahl von Zentrumsblättern erschien und eine nachdrückliche Förderung der christlichen Berufsorganisationen befürwortet. Nachdem auf die jüngsten gewerkschaftlichen Ereignisse hingewiesen und ferner die Mitgliederzahlen der christlichen und der sozialdemokratischen Gewerkschaften angeführt worden sind, heißt es:

„Man sieht, recht ungleich sind die Kräfte noch verteilt; aber die Ziffern der christlichen Arbeiterschaft können und müssen denjenigen der sozialdemokratischen näher gebracht werden. Und es ist auch möglich. Die obigen Zahlen mögen die christlichen Arbeiter, die bereits organisiert sind, denjenigen ihrer Arbeitskollegen vor Augen halten, die sich immer noch nicht organisieren wollen. Und es gibt noch Tausende christlich denkender Arbeiter, die eine Organisation für überflüssig halten. Sie bedenken aber nicht, daß sie damit den sozialdemokratischen Gewerkschaften und damit der sozialdemokratischen Partei in die Hände arbeiten. Erstarkt die sozialistische Gewerkschaftsbewegung immer mehr, dann werden die christlichen Arbeiter noch mehr terrorisiert werden, und durch Abschluß von Monopolverträgen wird man sie zwingen, den roten Verbänden beizutreten. Die Weltanschauung der Sozialdemokratie und ihrer Gewerkschaften ist eins, und gerade die Ablehnung der antireligiös-sozialistischen Weltanschauung der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist es, die der christlichen den vollen Haß der ersteren eingetragen hat. Ist es da nicht eine Pflicht der noch nicht organisierten christlichen Arbeiterschaft, der organisierten, die allen Bedrängnissen seitens der organisierten Genossen zum Trotz im Wirtschaftsleben unsere christliche Weltanschauung hochhält, beizuspringen und für die Hochhaltung unserer Kulturideale mit ihnen in Reih und Glied zu treten?

Aber auch den andern Ständen, die außerhalb der Lohnarbeiterschaft stehen, sollten die Vorgänge im Gewerkschaftsleben zu denken geben. Es soll gern anerkannt werden, daß die Zeiten, wo man den Gewerkschaftsgedanken an sich als etwas Revolutionäres, Sozialistisches kurzerhand von sich wies, größerer Einsicht Platz gemacht haben. Aber wie gleichgültig stehen viele den Problemen noch gegenüber! Kann es aber ihnen denn wirklich gleichgültig sein, ob weite Massen der unorganisierten Arbeiterschaft, vom Radikalismus hochgetragen, in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung ihren Platz finden, die im Anschluß an die politische Sozialdemokratie unserer Gesellschaftsordnung mit ihren mannigfachen Kulturwerten nicht weniger feindlich gegenübersteht als jene, oder ob sie für die christliche Bewegung gewonnen werden, die auf dem Boden und im Rahmen des Gegenwartstaates für ihre berechtigten Interessen eintreten, die aber keinen Abbruch desselben, sondern seine organische Fortentwicklung will? Wie mancher stellt im Kampf gegen die politische Sozialdemokratie nicht kräftig seinen Mann. Aber er muß sich auch darüber klar werden, daß die politische Waffe allein nicht ausreicht, wenn anderseits auf dem Wege über einen gewerkschaftlichen Radikalismus weite, weite Kreise einer bisher unorganisierten Arbeiterschaft der Sozialdemokratie gleichwohl zufallen und dadurch die Werte politischer Arbeit wieder nichtig werden. Eine kühle Abwägung der Dinge, wie sie heute wirklich liegen, die über kleinliche persönliche Rücksichten hinwegsieht und das Allgemeinwohl, den Staat und unsere bisherige Kulturarbeit ins Auge faßt, muß und wird die Sympathien auch der Nichtlohnarbeiterkreise zu den christlichen Gewerkschaften hinüberleiten, die richtig geführt und als eine starke Macht, gegenüber politischem und wirtschaftlichem Radikalismus als ein wichtiger Staat und Gesellschaft stützender Faktor zu wirken geeignet ist.

Eine derartige Entwicklung herbeizuführen und damit schlimmen Verwickelungen vorzubeugen ist noch Zeit. Möge sie nicht ungenutzt bleiben . . . .!"

## Der Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands

konnte am 1. Oktober dieses Jahres auf das erste Jahrzehnt seines Bestehens zurückblicken. Sein Verbandsorgan die „Deutsche Lederarbeiter-Zeitung" erschien aus diesem Anlaß im 12-seitigen Festgewand als Jubiläumsnummer. In interessanten Artikeln des Verbandsvorsitzenden Nienecker, des Hauptkassierers Meier und der Bezirksleiter wird die Entwicklungs- und Kampfgeschichte des Verbandes im ersten Dezennium in anschaulicher Weise geschildert. Vor der offiziellen Verbandsgründung waren etwa 600 Mitglieder in 15 Zahlstellen vorhanden; die Zahlen waren bis Ende des vergangenen Jahres auf 98 Zahlstellen mit 4198 Mitgliedern angewachsen. Zuerst wurden Wochenbeiträge von 10 Pfg., heute von 20 bis 55 Pfg. bezahlt. Die Gesamteinnahmen betrugen in der Berichtszeit 342 204 Mk., die Gesamtausgaben 304 510 Mk. Das Verbandsvermögen belief sich einschließlich der Lokalkassenbestände Ende vergangenen Jahres auf 46 656 Mk.

Von der letzten wirtschaftlichen Krise wurde die Entwicklung des Verbandes sehr ungünstig beeinflußt; inzwischen ist der Verlust aber wieder eingeholt und es geht wieder bergaufwärts. Der Verband hat auf dem Gebiet der Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine äußerst rege und auch erfolgreiche Arbeit geleistet. Der Posten Streik- und Maßregelungsunterstützung verlangte allein eine Summe von annähernd 90 000 Mk. Größere Aussperrungen mußte der Verband in Pirmasens, Wickrath und Hauenstein bestehen.

Der Zentralverband christlicher Lederarbeiter ist heute eine innerlich festfundierte und gut geleitete Organisation und bietet allen Berufsangehörigen festen Rückhalt und eine energische Interessenvertretung.

Er hat sich in allen Situationen als fester Hort der Schuh- und Lederarbeiter erwiesen. Wir wünschen dem rührigen Bruderverband ferneres wachsen, blühen und gedeihen.

## „Nützliche Elemente."

Vor nicht langer Zeit berichtete die Presse im Ruhrrevier folgende vielsagende Geschichte. Bei der Verladung eines größeren Transports Streikbrecher, die nach Mailand sollten, fanden sich auf dem Bahnhof Gelsenkirchen mehrere Kriminalbeamte ein, um die „Streikbrecherware" einer näheren Musterung zu unterziehen. Und richtig, sie fanden unter den „nützlichen Elementen" ein paar „schwere Jungen", d. h. langgesuchte Verbrecher. — Das Genrebildchen ließ sich noch verlängern.

Kürzlich hat sich ein Streikbrecherlieferant namens Hintze in Berlin von einem Zeitungsvertreter interwieben (ausfragen) lassen und dabei mit seinem traurigen Gewerbe und seinen Geschäftsgepflogenheiten maßlos dreist rennomiert. Von der zynischen Frivolität dieses Menschenhändlers sprechen folgende Auslassungen, die sich in seinen spaltenlangen Reminiszenzen vorfinden:

„Ick saje Ihnen, mit dreißig von meine Kerls jage ick fünfhundert Organisierte, denn bei uns jibts Kartusch." — „Kicken Se sich mal die Hand an, mit die schlag ick enen fünfzölligen Nagel durch den Tisch, janz ohne Hammer." — „Ick breche jeden Streik." — „Hier habe ick mehr als fufzig Leute, in Fall aber, det mehr jebraucht wern, bin ick jleich mit vierhundert da, die sofort an die Arbeit jehn."

Die Reklame mit seinem schmachvollen Gewerbe versteht der Mann, das muß ihm der Neid lassen. Und ein Wortathlet ist er nicht minder. Das schönste ist aber, daß der gelbe „Bund" des Herrn Lebius von Hintze abrückt und sich energisch dagegen verwahrt, mit diesen gewerbsmäßigen Streikbrechern in einem Topf geworfen zu werden. Der „Bund" Nr. 42 schreibt:

„Unsere Leser wissen, daß wir den gewerbsmäßigen Streikbruch nie verteidigt, sondern stets nach Gebühr ver-

urteilt haben. Die gewerbsmäßigen Streikbrecher sind meist arme, bedauernswerte (Hintze auch? D. R. d. Ztg.) Kreaturen, die sich entweder ihr bischen Brot nicht anders verdienen können als durch gewerbsmäßige Streikbrecherarbeit oder die Abenteuerlust und Raufsucht in diesen gefährlichen Beruf getrieben hat."

Das hört sich ja nett an, im Munde eines gelben Blattes klingt es aber auch noch komisch. Ohne daß wir die gelben Werksvereine ohne weiteres mit der Zunft der gewerbsmäßigen Streikbrecher indentifizieren wollen, müssen wir aber doch sagen, daß so himmelweite Unterschiede zwischen den beiden doch nicht bestehen, wie es vorhin dargestellt wird. Die Gelben Lebius'scher Kouleur treiben passiven, die gewerbsmäßigen a la Hintze aktiven Streikbruch.

Das heißt: Die gelben Werksvereine werden überall zu Streikbrechern, wo die Arbeiter des betr. Betriebes in den Ausstand treten, (es sind auch schon Fälle zu verzeichnen, wo sie in anderen Betrieben als Rausreißer benutzt wurden) während die gewerbsmäßigen nützlichen Elemente dem Streikbruch nachgehen, überall als Verräter auftauchen, wo es Gelegenheit zum Verrat gibt. Das ist der ganze Unterschied. Gewiß gehört zum letzteren ein größeres Maß von Verschlagenheit und moralischer Verwahrlosung, aber beide Kategorien sind Streikbrecher.

Im gewissen Sinne und letzter Konsequenz sind die gelben Werksvereine auch gewerbsmäßige Streikbrecher. Sie werden nur nicht für den Einzelfall nach getaner Arbeit entlohnt, sondern beziehen die Belohnung für ihre „nützlichen Dienste" schon im voraus und laufend in Gestalt von extra für sie geschaffenen Wohlfahrtseinrichtungen, durch Geschenke, Prämien und ähnliche Vergünstigungen. Der gelbe „Bund" hat deshalb, genau besehen, wenig moralische Berechtigung, mit solchem Geräusch von der Firma Hintze und Comp. abzurücken. Sie sind einander würdig.

## Streiks und Lohnbewegungen.

**Die Einigungsbedingungen des Werftarbeiterkampfes** im vollständigen Wortlaut wollen wir hiermit noch nachtragen. Die in der vorigen Nummer abgedruckten Zugeständnisse waren die letzten Vorschläge der Verhandlungskommission des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller, die nur die allgemeinen Gesichtspunkte enthielten. Die gesamten Zugeständnisse sind folgende:

### Arbeitszeit.

Vom 1. Januar 1911 (von der ersten Lohnwoche an) tritt eine Verkürzung der Arbeitszeit ein:

a) bei den Hamburgischen Seeschiffswerften auf 55 Stunden die Woche;

b) bei allen außerhamburgischen Seeschiffswerften (soweit sie der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften angehören) auf 56 Stunden die Woche.

Der Ausgleich dieser Zeitverkürzung erfolgt durch eine Zulage von einem Pfennig auf den Stundenlohn.

An den Tagen vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr ist zwei Stunden früher Feierabend.

### Lohnfrage.

Die Einstellungslöhne bei den hamburgischen Werften der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften werden bei Wiederaufnahme der Arbeit um 2 Pfennig pro Stunde erhöht mit der Maßgabe, daß der niedrigste Einstellungslohn irgend eines volljährigen Arbeiters 40 Pfg. pro Stunde beträgt. Außer dieser Konzession in den Einstellungslöhnen wird eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter um 2 Pfennig pro Stunde bewilligt. Dieselben Zugeständnisse machen die nicht hamburgischen Werften der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften, jedoch mit der Einschränkung, daß der niedrigste Einstellungslohn für diese Werften der örtlichen Vereinbarung vorbehalten bleibt.

### Akkordarbeit.

Die Preise für möglichst alle Akkorde werden bei Uebernahme der Arbeit dem betreffenden Arbeiter bekannt gegeben.

Grundsätzlich werden die Akkordsätze auf allen Werften so gestellt, daß der Arbeiter bei fleißiger Arbeit einen seinen Lohn übersteigenden Verdienst erzielen kann.

Akkordsätze, welche bei fleißiger Arbeit und richtiger Angabe der auf die Ausführung der Arbeit verwendeten Zeit keinen den Lohnsatz übersteigenden Verdienst belassen, sollen seitens der Werften richtig gestellt werden.

Beim freiwilligen Ausscheiden aus der Arbeit erhält der Arbeiter seinen Akkordüberschuß unverkürzt ausbezahlt, wenn das Ausscheiden sechs Wochen oder mehr nach Beginn der Akkordarbeit erfolgt.

Die Auszahlung des Akkordüberschusses erfolgt bei kurzen Akkorden nach Fertigstellung derselben bei der nächsten Lohnzahlung. Anstelle der lange dauernden Akkorde sollen nach Möglichkeit kurze treten.

### Ueberarbeit.

Ueberarbeit ist nur in dringenden Fällen zu leisten und wird mit folgenden Aufschlägen vergütet:

| | |
|---|---|
| Ueberstunden | 25% |
| Nacht-, Sonn- und Feiertagsstunden | 50% |

Die festgelegte Entschädigung wird sowohl bei Lohn- wie bei Akkordarbeit gezahlt.

Als Ueberstunden gelten die ersten beiden sich an die reguläre Arbeitszeit anschließenden Stunden, sowie das Arbeiten in den Pausen. Wird über diese ersten beiden Stunden hinaus noch länger gearbeitet, so sind sämtliche Ueberstunden, auch die beiden ersten, als Nachtstunden zu entschädigen.

### Wechselschichten.

Bei Wechselschicht wird die Nachtschicht auf den Hamburger Werften nach bisheriger Uebung mit 50% Aufschlag bezahlt.

Der Arbeiter darf nicht länger als zwei für die betreffende Werft übliche Arbeitsschichten hintereinander beschäftigt werden.

### Lohnzahlung.

Die Lohnzahlungsperiode beträgt eine Woche (für Stettin erst vom 1. Januar 1911 ab). Die Lohnzahlung erfolgt von der ersten Lohnwoche 1911 an Freitags.

### Arbeiterausschuß.

Als Vermittelungsinstanz zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft des Betriebes wird nach Verhältniswahl ein ständiger Arbeiterausschuß nach den Bestimmungen des § 134 h, Absatz 4, der Reichsgewerbeordnung gewählt. Die Neuwahl erfolgt nach Ablauf eines Kalenderjahres. Wiederwahl ist zulässig.

### Allgemeines.

Widersprechende Bestimmungen der Arbeitsordnungen müssen mit obigen Grundsätzen in Einklang gebracht werden.

Günstigere Arbeitsbedingungen sollen durch diese Vereinbarungen nicht berührt werden.

Die Regelung örtlicher Angelegenheiten sollen paritätisch zusammengesetzte Kommissionen übernehmen.

Diese sollen aus je drei Vertretern der Arbeiter und Unternehmer bestehen. Die Auswahl der Vertreter bleibt jeder Partei überlassen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt auf der Linie am Montag, den 10. Oktober.

Die Einstellung aller Ausständigen und Ausgesperrten erfolgt durch die Werften direkt ohne Arbeitsnachweis.

Die Anteile an den Ueberschüssen der durch den Streik unterbrochenen Akkorde bleiben den betreffenden Arbeitern zugesichert.

Zur materiellen Wertung dieser Zugeständnisse ist in den beiden Artikeln der vorigen wie im Leitartikel der vorliegenden Nummer das nötige gesagt. An dieser Stelle erübrigen sich deshalb noch weitere Ausführungen.

---

**Schweinfurt.** Die Arbeiter der Schweinfurter Kugellagerwerke (3 Firmen kommen in Betracht) sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die wesentlichen Forderungen sind: 15 Prozent Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden wöchentlich, für Ueberstunden 20 Prozent Zulage, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag, sowie bessere Regelung der Akkordverhältnisse. Kollege Konrad schlug in einer größeren Versammlung statt 15 Prozent 50 Pfennig Lohnerhöhung vor, weil durch eine prozentuale Lohnaufbesserung die ohnedies schlecht bezahlten zu kurz kämen. Bei den Verhandlungen soll dies berücksichtigt werden. Unsere Kollegen haben in der Agitation wacker und mit Erfolg gearbeitet. Immerhin stehen noch viele Berufskollegen außerhalb der Organisationen. Wenn alle Kollegen mithelfen, neue Mitglieder zu gewinnen, wird auch hier ein erfolgreicher Abschluß der Bewegung zu erwarten sein. Deshalb gilt hier die Parole: Auf die Schanzen! An die Arbeit!

---

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

**Meuden i. W.** Bei der Firma Theodor Klusendick (Hofeskamp), sind wegen Herabsetzung der Akkordpreise Differenzen ausgebrochen. Zuzug von Klempnern, Metalldrückern und Schleifern ist fernzuhalten.

**Emmerich.** Ueber die Firma Reintges, Niederrheinische Maschinenfabrik, ist die Sperre verhängt worden.

**Essen-Ruhr.** Die Klempnergesellen von Essen stehen im Streik zwecks Abschluß eines Tarifvertrages.

**Elberfeld.** Die Arbeiter der Firma Jäger, Eisenfabrik, stehen im Streik.

**Neheim.** Ueber die Firma Hübener & Gerling ist wegen Herabsetzung der Ackordsätze die Sperre verhängt. Zuzug von Metalldrückern, Schlossern und Klempnern ist fernzuhalten.

**Barmen.** Die Former der Wuppertaler Eisenhütte haben wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Die Schlosser, Hobler, wie sonstigen Arbeiter dieses Betriebes sind ausgesperrt.

**Remscheid.** Die Maschinenhauer und Hülfsarbeiter der Remscheider Fellenindustrie stehen in einer Lohnbewegung.

**Sundern** bei Arnsberg i. W. Ueber die Firma Anton Brumberger ist die Sperre verhängt.

**Mühlhausen** im Elsaß. Die Klempnergesellen von Mühlhausen und Umgebung stehen im Streik zwecks Erneuerung des Tarifvertrages.

**Barmen.** Die hiesigen Klempner und Installateure stehen im Streik.

**Sundern** bei Arnsberg i. W. Bei der Firma Winterhoff sind wegen Lohnabzügen Differenzen ausgebrochen. Zuzug von Metalldrückern, Schleifern und Klempnern ist fernzuhalten.

**Düsseldorf.** Die Klempner und Installateure sowie die Elektromonteure stehen im Streik.

**Iserlohn.** Bei der Firma Raschloer u. Crone, Iserlohn, stehen die Kettenschmiede im Streik.

**Zuzug ist fernzuhalten.**

* * *

## Bekanntmachung.

**Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 23. Oktober 1910 der dreiundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 30. Oktober 1910 fällig.**

---

Die Ortsgruppe Danzig erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 5 Pfg. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

---

**Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder.** Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

* * *

Die Aufnahmescheine von allen dem Verbande beitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzusenden. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

* * *

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschied sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstr. 19, und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren.

---

Die Abrechnung vom 3. Vierteljahr muß bis Ende Oktober von sämtlichen Ortsgruppen erfolgt sein. Wir machen besonders diejenigen Gruppen darauf aufmerksam, welche wegen nicht rechtzeitiger Einsendung der letzten Vierteljahrsabrechnung im Verbandsorgan veröffentlicht wurden.

## Aus dem Verbandsgebiet.

**Bochum.** Für den 12. Oktober war von unserm Verbande eine öffentliche Versammlung anberaumt worden mit der Tagesordnung: „Der eben beendigte Kampf auf den Seeschiffswerften und seine Lehren für die Bochumer Metallarbeiterschaft".

Den Genossen ist es anscheinend ungemütlich geworden, als sie unsere Einladung lasen. Die „Führer" haben auch wohl Gewissensbisse bekommen wegen ihrem arbeiterschädigenden Treiben bei der Klempnerbewegung in Bochum. Um ihre Schäflein vor den aufklärenden Worten des bösen christlichen Arbeitskollegen zu schützen, wurde folgendes Rundschreiben versandt:

Werter Kollege!

Wie uns heute durchgetan worden ist, beabsichtigen die Christen in Bochum am Mittwoch den 12. Oktober eine öffentliche Versammlung im Viktoria-Hotel abzuhalten, um gegen uns zu Felde zu ziehen. Die Vorbereitungen sind in aller Stille getroffen worden, um uns zu überrumpeln. Da uns das Viktoria-Hotel zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht und auch auf wiederholte Anfragen abgelehnt worden ist, so wird das Viktoria-Hotel von der organisierten Arbeiterschaft seit längerer Zeit gemieden. Da ferner die Christen bei ihren Versammlungen auch noch Eintrittsgeld erheben, so können wir unsern Kollegen nicht zumuten, in diese Versammlung zu gehen, den wir werden (soll wohl heißen denn wir werden) dann nur dazu beitragen, den Christen und auch dem Wirt, der uns sein Lokal nicht zur Verfügung stellt, die Taschen zu füllen. Da wir für Mittwoch auch schon festgelegt sind, ist es uns auch garnicht möglich, an dieser Versammlung teilzunehmen. Nach den Erfahrungen mit den Christen wäre es auch zwecklos, an der Versammlung teilzunehmen, den die Christen gewähren uns in ihren Versammlungen entweder gar keine oder nur ganz beschränkte Redezeit, und sind bestrebt, uns auf diese Weise mundtot zu machen. Aus all' diesen Gründen ersuchen wir dich, in Kollegenkreisen und auch unter denen, uns noch fernstehenden Kollegen dahin zu wirken, daß diese Versammlung nicht besucht wird. Die Parole muß lauten: kein Kollege in diese Versammlung, die eine gegenseitige Aussprache garnicht haben will, denn sonst hätte man uns frühzeitig davon unterrichten müssen, damit man uns die Möglichkeit gab, daran teilzunehmen. Tut jeder Vertrauensmann und jeder Kollege seine Pflicht, dann wird diese Ueberrumpelungspolitik ein Fiasko erleiden, wie sie es nicht erwartet haben. Nachdem (die Versammlung der Christen stattgefunden haben wird, werden wir eine solche nach Hölscher, Alleestr., einberufen und die Christen frühzeitig zu derselben einladen, um sich in dieser Versammlung mit ihren Verdrehungskunststücken zu produzieren. Für die Berichterstattung aus der christl. Versammlung ist Sorge getragen. Darum Kollegen, sorgt dafür, daß die Christen mit dieser Versammlung einen Hereinfall erleiden. Mit kolleg. Gruß

Datum des Poststempels. J. A.: E. Ungrade.

Das Dokument spricht für sich selbst. Wenn die „Helden" aus dem sozialdemokratischen Lager nicht Gelegenheit haben, die christlichen Arbeiter niederzubrüllen, dann mögen sie die Trauben nicht, sie sind ihnen „zu sauer"!

**Breslau.** Am Montag, den 31. Oktober 1910, punkt 8 Uhr abends, ist laut Kartellbeschluß im Verkehrslokal der christlichen Gewerkschaften Breslau, Mauritiusplatz 4, bei Exner, eine gemeinsame christliche Gewerkschaftsversammlung.

Alle Kollegen und Kolleginnen der christlichen Gewerkschaften von Breslau und Umgegend werden dringend ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen. Ein auswärtiger Redner wird in der Versammlung einen Vortrag halten und machen wir die Mitglieder jetzt schon auf diese Versammlung aufmerksam. Die Kollegen müssen es aber nicht allein mit dem Besuch dieser Versammlung bewenden lassen, sondern auch bei allen Lauen und Lässigen für einen guten Besuch agitieren.

**Bremerhafen.** In einer Korrespondenz in Nr. 40 dieser Zeitung war berichtet, daß Mitglieder des sozialdemokratischen Malerverbandes auf der Werft Seebeck Streikarbeit verrichtet hätten. In sozialdemokratischen Blättern wird das als „Schwindel" abzutun versucht. Die „Genossen" scheinen sich aber selbst nicht klar darüber gewesen zu sein, ob Streikarbeit vorliegt oder nicht. Am 4. September erschien in dem örtlichen sozialdem. Sprachrohr nämlich folgende Bekanntmachung:

Zur Werftarbeiterbewegung.

Die Streikkomitees aller auf den hiesigen Werften in Frage kommenden Organisationen haben gestern einstimmig beschlossen: Alle Arbeit, die innerhalb der Werftbetriebe verrichtet wird, einerlei ob sie mit dem Schiffbau zusammenhängt oder nicht, ist als Streikarbeit zu betrachten. Nach diesem Beschluß ist jeder Arbeiter, der auf den Werften arbeitet, ganz gleich welcher Art die Arbeit ist, die er verrichtet, Arbeitswilliger. Dieser Beschluß mußte gefaßt werden, weil andernfalls es den ausgestellten Posten unmöglich war, zu unterscheiden, wer Arbeitswilliger ist und wer nicht.

Im Auftrage der Werftkommission.
H. Ziegler.

Auf Grund dieser unzweideutigen Aufforderung konnten wir nicht anders annehmen, als daß Streikbruch vorliege, nachdem die Arbeit dennoch gemacht wurde. Am 12. Oktober brachte die sozialdemokratische „Norddeutsche Volksstimme" folgende Darstellung des Sachverhalts:

„Die örtliche Streikleitung entschied, daß die Arbeit aus rein taktischen Gründen als Streikarbeit angesehen werden soll. Die Zentralleitung der Werftarbeiterbewegung in Hamburg war der Meinung, daß diese Arbeit nicht als Streikarbeit angesehen werden kann, weil diese Arbeit nie von Werftarbeitern gemacht worden ist, und weil das Schiff auch nicht für eine Werft gestrichen werden soll. Außerdem kam noch in Frage, daß der Malerverband mit den Malermeistern im Vertragsverhältnis steht. Da die Malermeister von jeher immer diese Arbeiten für die Reedereien ausführten, wären die Maler tatsächlich vertragsbrüchig geworden, wenn sie die Arbeit eingestellt hätten."

Na warum denn nicht gleich so? Die sozialdemokratische Presse hat bei der Hü-Hott-Taktik keine Ursache, sich über unsere Notiz künstlich zu entrüsten. Wenn das soziald. Blatt in Bremerhaven aber am Schluß seines Artikels aufgeblasen und höhnisch schreibt: „Mit dem Streikbruch der „roten" Malerverbändler ist es also nichts, lieber Bruder in Christo. Ihr findet in den freien Gewerkschaften nicht euresgleichen," so soll das doch nicht etwa heißen, die christlichen Gewerkschaften beherbergten Streikbrecher und die freien nicht? Das betr. Sozialorgan scheint nicht einmal die Vorgänge im freigewerkschaftlichen Lager am Ort zu kennen, sonst würde es den Mund weniger voll nehmen. Mag es nur seine Nase in den Geschäftsbericht der Zahlstelle Bremerhaven des deutschen (soziald.) Holzarbeiterverbandes für 1909 hineinstecken, dort steht, wo Streikbrecher ihresgleichen finden. Auf S. 44 dieses Berichts wird über eine Bewegung berichtet, die schließlich zur Verhängung der Sperre über den betreffenden Betrieb führte. Dann kommt folgende Anklage:

„Leider mußten wir dann die traurige Erfahrung machen, daß es nicht einmal möglich war, organisierte Arbeiter an der Durchbrechung der Sperre zu verhindern. Nach Verlauf von 14 Tagen waren die Plätze durch eine Anzahl der berufsverwandten Schiffsbauer und Hauszimmerer, sämtlich Angehörige des Metall- resp. Zimmererverbandes, wieder besetzt. Ein Versuch, die Betreffenden wieder zum Verlassen der Arbeitsstätte zu bewegen, hatte zunächst Erfolg, doch nahmen sie, nachdem der Betriebsinhaber (!) mit ihnen eine Versammlung (?) abgehalten hatte, am andern Tage die Arbeit wieder auf."

Das waren Sozi, die die Sperre brachen und, nach gelbem Muster sogar, mit dem Unternehmer eine Versammlung abhielten. Also den Mund nicht gar so voll nehmen und vor der eigenen Türe fegen.

**Aus dem Harz.** Die geplante und teilweise schon erfolgte Stillegung mehrerer Silberhütten im Oberharz läßt die in ihren Interessen schwer bedrohte Arbeiterbevölkerung nicht zur Ruhe kommen. Mit dieser folgenschweren Angelegenheit beschäftigten sich wiederum 2 große Versammlungen, die in Bad Grund i. H. und in St. Andreasberg stattgefunden haben. Auch jetzt hatte der christliche Metallarbeiter-Verband in Gemeinschaft mit anderen christlichen Berufsorganisationen die Versammlungen einberufen, um festzustellen, was die Besichtigungsreise des Herrn Handelsministers für eine praktische Bedeutung für die Oberharzer Bevölkerung denn nun gehabt hat. Bisher war schon bekannt, daß die Hütten zu Altenau und St. Andreasberg ganz eingestellt werden sollen, während die Lautenthaler Silberhütte bereits am 1. Oktober einen Teil ihres Betriebes eingestellt hat, wodurch 73 Hüttenleute ihre bisherige Beschäftigung verloren haben und gezwungen sind, entweder zum Teil wider ihren Willen in Pension zu gehen, oder aber ihren Beruf zu wechseln und noch Bergleute werden müssen, falls sie überhaupt fiskalische Arbeit behalten wollen. Die aus allen Bevölkerungskreisen stark besuchten Versammlungen stimmten dem Referenten zu. Einstimmig wurde in beiden Versammlungen folgende Entschließung angenommen:

„Die am 8. und 9. Oktober in Bad Grund und St. Andreasberg stattgefundenen, aus allen Volkskreisen stark besuchten Versammlungen erklären sich mit den Ausführungen des Referenten bezw. der Stillegung eines Teiles der Oberharzer Werke einverstanden. Sie bedauern, daß bisher die Bergbehörde nicht in genügender Weise für die stillzulegenden Werke Ersatz zu schaffen versucht hat. Die Versammelten ersuchen die in Betracht kommenden Staats- und Gemeindebehörden, alles zu tun, um für die eingehenden Betriebe andere Industrie heranzuziehen, was evtl. seitens der Staatsverwaltung durch Gewährung von Frachtvergünstigung und andere Sonderrechte unterstützt werden muß. Zum Schluß danken die Anwesenden den Vertretern der christlich-nationalen Gewerkschaften dafür, daß sie nachdrücklich und zielbewußt für die Interessen der Oberharzer Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter, eingetreten und erfolgreich tätig gewesen sind, daher empfehlen die Versammelten allen Arbeitern, sich in den christlichen Gewerkschaften zu vereinigen, um mit allem Ernst und aller Entschiedenheit ihre Interessen jederzeit wahrzunehmen." Die Arbeiter im Oberharz werden hoffentlich in ihrem Interesse die am Schluß der Resolution ausgesprochene Mahnung beherzigen, damit sie in der ungewissen Zukunft einen moralischen und finanziellen Rückhalt haben.

**Leipzig.** Am 22. Oktober cr., abends ½9 Uhr, findet im „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, eine große christliche Gewerkschaftsversammlung statt. Kollege H. Oswald-Aschaffenburg wird folgendes Thema behandeln: „Gewerkschaftspolitik und Idealismus in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung". Alle Kollegen werden dringend gebeten, diese Versammlung vollzählig zu besuchen. Es ist dies jeder dem Ansehen seiner Organisation schuldig. Auch unorganisierte Kollegen sind eingeladen. Kollegen agitiert fleißig, damit die Versammlung gut besucht wird.

**Landshut.** Die hiesige Ortsgruppe hatte am 9. Oktober in Gemeinschaft mit dem Ortskartell, eine größere Versammlung einberufen, in welcher Bezirksleiter Wagner-München über „die Werftarbeiterbewegung und ihre Lehren" sprach. Redner gab bekannt, daß der Kampf in der Werftindustrie beigelegt sei, und somit die drohende Aussperrung ausbleiben wird. Aber dennoch hat dieser Kampf der deutschen Arbeiterschaft gezeigt, daß wir uns rüsten müssen. Ein altes Sprichwort sagt: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben; was die Arbeitgeber wollten, traf nicht ein, in letzter Stunde war es noch möglich, die Ausdehnung des Kampfes ins Unermessene zu verhüten. Mit Widerstreben mögen wohl die radikalen Hetzer auf beiden Seiten dem Beschlusse zugestimmt haben. Nachdem Kollege Wagner das Verhalten der Arbeitgeber kritisch beleuchtet hatte, ging er dazu über, die Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaften ins richtige Licht zu stellen. Mit einem Appell an die Anwesenden, aus den Kämpfen der letzten Zeit die richtige Lehre zu ziehen und durch eifrige Agitation unsre Reihen zu stärken, schloß Kollege Wagner seine Ausführungen. Nach einer lebhaften Diskussion schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung. Kollegen! In Landshut gibt es noch viele Kollegen, die abseits der Organisation stehen. Dabei bestehen hier sehr schlechte Verhältnisse. Stundenlöhne von 25—28 Pfg. für gelernte Arbeiter sind an der Tagesordnung. Die Lebensmittelpreise sind im Verhältnis noch teurer als in der Großstadt. Wir fragen uns immer, wie ist es möglich, daß ein Arbeiter mit diesem Lohn noch anständig leben kann. Metallarbeiter in Landshut! Wollt ihr bessere Verhältnisse schaffen, so schließt euch Mann für Mann dem christlichen Metallarbeiterverbande an! Nur durch die Einigkeit, durch die Geschlossenheit, könnt ihr ans Ziel kommen. Vereinter Kraft gar bald gelingt, was Einer nicht zustande bringt.

**Offenbach a. M.** Die Situation in der Metallindustrie, wie sie sich durch die angedrohte Aussperrung des Metallindustriellenverbandes ergeben hatte, rief auch bei unsern Mitgliedern im ganzen Bezirk neue Begeisterung für unsern Verband hervor. In einer Reihe von öffentlichen Versammlungen, die durchweg einen guten Besuch aufzuweisen hatten, nahmen unsere Kollegen Stellung zu dem angesagten Kampfe und überall herrschte eine gute Stimmung. Dies trat auch in den Beschlüssen hervor, wo man sich verpflichtete, nur nach Weisung unserer Verbandsleitung zu handeln und sich darin von keiner Seite beirren zu lassen. Auch bezüglich der zu bringenden Opfer wurde überall beschlossen, sich von keiner Seite übertreffen zu lassen und notwendige Extrabeiträge gern zu leisten.

Wenn nun auch die Aussperrung vorläufig zurückgestellt ist, so haben unsere Kollegen doch die nötige Lehre aus den letzten Tagen gezogen. In den meisten Ortsverwaltungen des Bezirkes wurde eine Regelung der Lokalbeiträge vorgenommen und überall eine entsprechende Erhöhung bereits festgelegt. Wo es noch nicht geschehen ist, wird es die erste Aufgabe sein. Auf diese Weise hoffen wir, am besten uns zu rüsten für die Zukunft, um jederzeit in der Lage zu sein, derartige Kämpfe aufnehmen und auch durchführen zu können.

Daß wir in unsern Versammlungen allüberall eine selbständige, den Anweisungen unserer Verbandsleitung entsprechende Stellung einnahmen, paßte natürlich unsern sozialdemokratischen Konkurrenten nicht. Da ihnen aber jede Handhabe fehlte, uns zu verdächtigen, so mußte am letzten Ende wieder etwas erfunden werden zu diesem Zweck. Den Anlaß bot dazu die Zurücknahme der Kündigung von seiten des Arbeitgebers in einer Offenbacher Maschinenfabrik gegenüber zwei Mitgliedern unseres Verbandes. Flugs wurde dann die Mär erfunden und auch in öffentlicher Versammlung weiterverbreitet, daß der Führer der Christlichen, Kollege Scherer, sich nicht geniert habe, bei den Industriellen herumzulaufen und um die Zurücknahme der Kündigung für seine Mitglieder zu bitten, was auch teilweise Erfolg gehabt hätte.

Auf diese Lüge und Verdächtigung hin hat nun zunächst Kollege Scherer in der Presse in Offenbach eine Erklärung mit folgendem Wortlaut bekannt gegeben:

„Es ist in allen Teilen unwahr, daß ich mit irgend jemand in irgend einer Weise in Verbindung getreten bin, um eine Zurücknahme von Kündigungen herbeizuführen. Diese Tatsache wird sich auch voll und ganz vor Gericht feststellen lassen, wo ich den Urhebern und Verbreitern dieser Unwahrheit Gelegenheit bieten werde, den Beweis für ihre Behauptungen zu erbringen."

Daß wir hier diesen Weg einschlagen mußten, um den Verleumdern entgegen zu treten und die Wahrheit festzustellen, werden wohl alle rechtdenkenden Arbeiter begreiflich finden. Daß aber auch in der Zukunft solche Lügen, die berechnet sind, unsern Verband zu schädigen und zu verdächtigen, nicht mehr bei den Arbeitern verfangen, dafür werden unsere Kollegen allerorts schon sorgen. Sie werden unablässig bemüht sein, durch Agitation in der Kleinarbeit für die Ausbreitung und Festigung unseres Verbandes sich zu betätigen. Erfreulicherweise haben die letzten Tage uns schon einen ansehnlichen Zuwachs gebracht und so wird es auch weiter gehen, dessen sind wir sicher. Dann aber wird man auch in der Zukunft noch vielmehr, wie es seither schon geschehen müßte, mit uns als einer gleichberechtigten Organisation rechnen müssen.

**Passau.** Unsere Ortsgruppe hatte am 3. Oktober gemeinsam mit dem Ortskartell der christlichen Gewerkschaften eine Versammlung veranstaltet, in der Kollege Wagner über die Werftarbeiterbewegung und ihre Folgen referierte. Er zeigte unter Hinweis auf den Bauarbeiterkampf und andere größere Bewegungen, wie die Entwicklung jetzt immer mehr zu großen Entscheidungsschlachten hindränge. Diesen Zeichen gegenüber müßten die Arbeiter vorbauen, vor allem ihre Organisation stärken und finanziell leistungsfähig machen. Die christlichen Metallarbeiter, besonders auch in Passau, müßten sich endlich alle aufraffen, um in der Organisation ihre Rechte zu wahren und zu verteidigen. Wir hätten den Kampf nach mehreren Seiten hin zu führen; nicht allein gegen Scharfmacher im Unternehmerlager, sondern auch gegen die sozialdemokratische Richtung innerhalb der Arbeiterbewegung. Das habe sich jetzt auch wieder beim Werftarbeiterkampf gezeigt, wo die sozialdemokratischen Verbände versuchten, alle anderen Organisationen auszuschalten und an die Wand zu drücken. Solche Vergewaltigungsbestrebungen müßten den letzten christlich gesinnten Arbeiter zur Fahne rufen, um dem sozialdemokratischen Fanatismus erfolgreichen Widerstand entgegen zu setzen.

In der nachfolgenden Diskussion wurde den Ausführungen des Referenten beigepflichtet und die Versammlung mit der Aufforderung geschlossen, in nächster Zeit in Passau alle Kräfte für eine energische Agitation mobil zu machen. Noch viele Berufskollegen sind für den christlichen Metallarbeiterverband zu gewinnen. Darum mit neuem Mut und frischer Begeisterung an die Arbeit. Lernen wir alle aus den Vorgängen der letzten Zeit. „Wer aus der Vergangenheit nicht lernt, wird von der Zukunft bestraft."

**Rosenberg i. O.** (Maxhütte.) Die Kollegen der Abteilungen Walzwerk und Adjustage sowie einige andere Kategorien der Arbeiterschaft haben in sehr gut besuchten Betriebsversammlungen zur Lohnfrage Stellung genommen. Die Mehrzahl der in Frage stehenden Arbeiter gehören unserem Verbande an. Mit Rücksicht auf die günstige Rentabilität des Werkes und die unzureichenden Löhne der Arbeiter wurde gemäß einstimmigen Beschlüssen der Arbeiter eine Erhöhung des Schichtlohnes von 40 Pfg. täglich ab 1. Oktober bei der Generaldirektion des Werkes beantragt. Die Generaldirektion lehnte in einer diesbezüglichen Antwort an den Arbeiterausschuß eine Verhandlung mit den Organisationsvertretern entschieden ab, verweist auf ihre bisherige Fürsorge, will aber dennoch den Wünschen der Arbeiter nähertreten.

Die Arbeiterschaft nahm in zwei Betriebsversammlungen hierzu Stellung. Auch Mitglieder des Werksvereins haben sich an obigen Versammlungen beteiligt. Allein, in einer gelben Versammlung am 2. Oktober wurde allen Werkvereinsmitgliedern verboten, sich an den Versammlungen des christlichen Metallarbeiterverbandes zu beteiligen. Also selbst das Versammlungsrecht soll den Mitgliedern vorenthalten werden. Wer dagegen verstößt, wird ausgeschlossen. Viele werden sich um das Verbot nicht oder nur vorübergehend kümmern. Unsere Mitgliederzahl hat inzwischen einen erfreulichen Zuwachs erfahren. Die Agitation muß jetzt mit verdoppeltem Eifer einsetzen. Je geschlossener die Kollegen zusammenstehen, desto erfolgreicher die Bewegung. Jeder Außenstehende hemmt den Erfolg.

**Saarbezirk.** Zur Zechenmetallarbeiterbewegung. Auch unter den Grubenhandwerkern der königlichen Saargruben gewinnt der christliche Gewerkschaftsgeist immer mehr an Einfluß. Das Lokalverbändchen scheint trotz seines neuen Generalanzeigers immer rascher seinem Ende entgegen zu gehen. Die Grubenhandwerker der Inspektion Velsen haben jetzt geschlossen dem Lokalverband mit 5 Pfg. Monatsbeitrag den Rücken gekehrt und sich dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen. Folgendes Schreiben ging mit einer Anzahl Beitrittserklärungen der Bezirksleitung zu: „Werter Kollege! Ich will dir mitteilen, daß wir in unserer Werkstatt den Lokalverband begraben haben. Er ruhe in Frieden! Herzlichen Gruß! Dräger, Ausschußmitglied." Ob den Kameraden in den übrigen Werkstätten auch bald die Augen aufgehen und ob sie einsehen, daß ein kleines Lokalverbändchen ohne Beiträge Unsinn ist?

**Saarbrücken.** Die Berliner Fachabteilungsführer greifen bei ihrem fanatischen Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften zu den unglaublichsten Mitteln und werden hier und da unfreiwillig zur komischen Figur. Dieser Tage sahen sich die christlichen Berufsorganisationen an der Saar veranlaßt, folgendes zu veröffentlichen:

Erklärung!

Schallende Heiterkeit löste die Erklärung des Herrn Bartholomäus Koßmann, die er in den Fachabteilungsorganen „Neunkirchener Zeitung" und „Saarbrücker Volkszeitung" vor einigen Tagen losließ, in christlichen Gewerkschaftskreisen aus.

Nein, nein, Herr Koßmann, über solche Verdächtigungen sind Sie erhaben. Es ist jedem christlichen Gewerkschaftler ohne weiteres klar, daß kein Unternehmer im Vertrauen auf die „Berliner Fachabteilungstheorie" Ihnen 70 000 M. bieten würde. Ein solches Gerücht wäre so „auffallend dumm", daß an die Möglichkeit eines solchen beim besten Willen nicht geglaubt werden kann.

Derartig stumpfe Waffen können die christlichen Gewerkschaftler im letzten Entscheidungskampfe gegen die wirtschaftliche Irreführung der katholischen Arbeiter nicht gebrauchen, auch nicht die Waffen der Gewalttätigkeit, die Ihre fanatisierten bedauernswerten Zöglinge im Neunkirchener Gesellenhaussaal gegen zwei christliche Führer, die dazu noch als eingeladene Gäste dort waren, anwandten.

Die Unwahrheit, daß Gutsche 1907 bei der Wahl von den Nationalliberalen 2000 Mark erhalten hätte, wird durch sozialdemokratische Verdächtigungen und durch Ihr Nachplappern nicht zur Wahrheit. Ich muß gestehen, Sie betreten einen etwas eigentümlichen Weg, um Ihren Namen in die Zeitungen zu bringen.

Namens des Bezirkskartells der christlichen Gewerkschaften a. Saar: Fr. Baltrusch, 1. Vorsitzender.

**Sonthofen.** (Allgäu.) In unserem Verbandsorgan sind die Verhältnisse in den bayerischen Hütten- und Saltnenwerken schon geschildert worden. An Hand der Verhandlungen im bayerischen Landtage war es möglich, ein übersichtliches Bild über die Verhältnisse in den staatlichen Betrieben zu gewinnen.

Die Wünsche der Arbeiter, welche, in der von unserem Verbande eingereichten Petition niedergelegt sind, wurden laut Beschluß des Landtages der Regierung zur Würdigung hinübergegeben.

Nachdem nun vorläufig die Wünsche nicht so schnell erfüllt wurden, waren am 1. Juli mehrere Vertreter des Verbandes bei der kgl. Generaldirektion vorstellig. In Nr. 32 unseres Verbandsorgans sind im wesentlichen die Punkte wiedergegeben, die in der 3stündigen Konferenz besprochen wurden.

Drei Monate sind seither verstrichen und in Sonthofen konnten wir noch nichts von den versprochenen Verbesserungen, respektive Abstellung der Mißstände bemerken.

In der Gießerei sind noch dieselben Zustände wie ehedem. In letzter Zeit muß noch die Wahrnehmung gemacht werden, daß der Herr Gußmeister alle Mittel versucht, um die Kollegen von der Organisation abwendig zu machen. Dieser Versuch ist ihm auch schon bei etlichen Arbeitern gelungen. Der Gußmeister sagte: „Ich bin Meister, und wenn ich nicht will, erhaltet ihr keinen Pfennig Lohnerhöhung, trotz eurem Verband.“ Weiter sagte er: „Die Arbeiter sollen sich auf seine Seite stellen und er wolle dafür sorgen, daß die Arbeitszeit wieder länger wird, und dann auch der Verdienst steigt.“

Eine merkwürdige Ansicht, die der Herr Gußmeister hier vertritt. Es wird ihm nichts nützen, gegen die Organisation Sturm zu laufen, vielmehr möchten wir ihm raten, in der Behandlungsweise seiner Arbeiter sich etwas mäßigen zu wollen, sonst könnte es vorkommen, daß wir andere Wege einschlagen müssen, um dem Herrn Gußmeister zu zeigen, daß er den Arbeitern das nicht verbieten kann, was das Gesetz ihnen erlaubt.

In Bezug auf das Akkordsystem ist es auch gerade in der Gießerei, wo der eine Arbeiter, der nichtorganisiert ist, 2 M. 60 Pfg. erhält, während der Organisierte ein und dieselbe Arbeit um 2 M. pro Stück machen soll. Die Akkordsätze werden von der Direktion festgesetzt, aber der Herr Gußmeister darf es sich scheinbar erlauben, die Akkordsätze nachher zu „regulieren“, wie es ihm beliebt. Damit schadet dieser Mann sich schließlich selbst, weil er mit solchem Vorgehen das Vertrauen der Arbeiter zu ihrem Vorgesetzten untergräbt und nur Unzufriedenheit und Erbitterung erzeugt, die sich einmal entladen muß, wenn der Mann es so weiter treibt. Allzuscharf macht schartig, das mag sich dieser Vorgesetzte früh genug zur Beherzigung gesagt sein lassen.

An die Arbeiter des Hüttenwerks richten wir den Appell, sich durch keine Lockungen oder Drohungen einschüchtern oder irre führen zu lassen. Es sind nicht Freunde, sondern offene oder versteckte Arbeiterfeinde, die den Arbeitern durch Zwang oder Versprechungen die Zugehörigkeit zur Organisation illusorisch machen wollen. Darum festgehalten am Verband und ohne Unterlaß neue Mitglieder geworben, bis alle Kollegen unter der Fahne der Organisation vereinigt sind. Mit Bauchrutscherei und Liebedienerei erniedrigt man sich nur selbst und seinen ganzen Stand. Aufrecht steh der Mann, er tue seine Pflicht, dann kann er auch Rechte und Freiheit verlangen.

**Völklingen** (Saar). Gelber Uebereifer bestraft. Der Pförtner der Röchlingschen Hütte, Herr Schmidt, glaubte bei seinem Arbeitgeber sich dadurch verdient zu machen, daß er am 30. Juli d. J. einem Jungen, der Flugblätter des christlichen Metallarbeiter-Verbandes an der Hütte verteilte, dieselben gewaltsam wegnahm. Am 6. Oktober hatte sich Schmidt wegen seines „gelben“ Eifers vor dem Strafrichter in Völklingen zu verantworten und erhielt eine Geldstrafe von 6 Mark oder 2 Tage Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte eine höhere Strafe wegen Diebstahls beantragt. Das Gericht nahm dagegen Nötigung und nicht Diebstahl an, anscheinend wohl aus dem Grunde, weil es sich ja doch nur um ein Opfer der gelben Korruption handelte. Der gelbe Handlanger ist somit noch ziemlich gnädig davongekommen.

## Soziales.

### Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1909.

Nach dem Reichsarbeitsblatt waren 1909 433 Gewerbegerichte in Tätigkeit, wovon 21 auf Grund der Landesgesetze errichtet, ferner noch 422 Innungsschiedsgerichte. Auf Grund des Reichsgesetzes wurden im Jahre 1909 14 Gewerbegerichte neu errichtet. Insgesamt wurden 109 130 (112 281) Klagen anhängig gemacht, also 3151 weniger wie im Vorjahre. Von Arbeitern gegen Arbeitgeber wurde in 102 518 (106 269) Fällen geklagt, von Arbeitgebern gegen Arbeiter in 6249 (5672), von Arbeitern gegen Arbeiter in 363 (340) Fällen. Während also die Klagen der Arbeiter gegen Arbeitgeber erheblich (3751) gesunken sind, sind sie umgekehrt stark (577) gestiegen. Im Vorjahre war dagegen das Verhältnis entgegengesetzt. Von den Klagen wurden 45 658 durch Vergleich, 2546 durch Verzicht, 1383 durch Anerkenntnis, 10 984 durch Versäumnisurteil und durch andere Endurteile 17 050, erledigt. Von den letzteren wurden 5147 in weniger als einer Woche, 5469 in ein bis zwei Wochen, 4438 in zwei Wochen bis einem Monat, 1751 in einem bis drei Monaten erledigt; 245 dauerten länger als drei Monate. Die größte Zahl der Klagen wird bekanntlich innerhalb zweier Wochen erledigt.

Was den Wert des Streitgegenstandes anbelangt, so betrug derselbe in 47 853 Fällen bis zu 20 Mk.; 20—25 Mk. in 32 662; 50—100 Mk. in 16 452, mehr als 100 Mk. in 8613 Fällen. Wenn der Betrag über 100 Mk. hinausgeht, ist Berufung zulässig; es wurden aber nur 502 Berufungen eingelegt.

Die einigungsamtliche Tätigkeit ist gleichfalls hinter dem Vorjahre zurückgeblieben. Es betrug die Gesamtzahl 293 gegenüber 321 im 1908. Dabei erfolgte die Anrufung seitens beider Teile in 154, seitens der Arbeitgeber in 9, der Arbeiter in 130 Fällen. Der Erfolg war, daß 121 Vereinbarungen getroffen und 29 Schiedssprüche gefällt wurden. Gutachten wurden 20 erstattet und 16 Anträge gestellt.

Kaufmannsgerichte bestanden 267 (262), wovon 217 (221) bereits bestehenden Gewerbegerichten angegliedert sind. Von Gehilfen und Lehrlingen wurden 21 656 (20 703), von Kaufleuten (Prinzipale) 1489 (1413) Klagen anhängig gemacht. Erledigt wurden die Klagen wie folgt: 9627 durch Vergleich, 272 durch Verzicht, 209 durch Anerkenntnis, 3811 durch Zurücknahme der Klage, 1813 durch Versäumnisurteil, 4002 durch andere Endurteile und 2110 auf andere Weise. Unerledigt blieben noch 1301 (1028) Klagen.

Auch bei den Kaufmannsgerichten bildet neben der Billigkeit des Verfahrens die schnelle Erledigung eine Hauptrolle. Von den 4002 durch Endurteil erledigten Klagen wurden 675 in weniger als einer Woche, 1073 in ein bis zwei Wochen, 1309 in Monatsfrist erledigt; 801 nahmen bis zu drei Monaten, 144 mehr als drei Monate in Anspruch. Der Wert des Streitgegenstandes betrug in 1681 Fällen bis zu 20 Mk., 2978 mal 20—50 Mk., 4423 mal 50—100 Mk., 8255 mal 100—300 Mk., 4437 mehr als 300 Mk. In 1371 Fällen wurde der Wert des Klageobjektes überhaupt nicht festgestellt. Es wurden 502 Berufungen eingelegt. Einigungsamtliche Tätigkeit übten die Gewerbegerichte nur in drei Fällen aus. Sie gaben 35 Gutachten ab und stellten 51 Anträge.

### Schädigt die deutsche Gewerkschaftsbewegung den Volkswohlstand?

Wenn man die rückständigen Unternehmer und deren nahestehenden Kreise hört, so sollte man meinen, durch die Gewerkschaftsbewegung sei und würde jede selbständige Regung unterbunden, Deutschlands Handel, Industrie und Verkehr und damit der deutsche Volkswohlstand ginge durch dieselbe ständig zurück. Nun ist aber in den letzten 10 Jahren, in einem Zeitraum also, wo die deutsche Gewerkschaftsbewegung ihre Mitgliederzahl fast vervierfacht hat, der Wohlstand Deutschlands in ganz erfreulicher Weise gestiegen. Der Gesamtwert der aus Deutschland ausgeführten Waren erhöhte sich von 4057,5 Millionen auf 7447 Mill. Mark. Das gesamte Volkseinkommen im Deutschen Reiche betrug im Jahre 1895 über 25 Milliarden Mark, stieg im Jahre 1900 auf 31 Milliarden Mark und in der Denkschrift zur Reichsfinanzreform wird das Volkseinkommen auf 35 Milliarden Mark geschätzt. Alles also was die Arbeiterschaft an Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Löhne durch die Initiative der Gewerkschaften errungen, hat auf den Volkswohlstand nicht lähmend und hemmend gewirkt, er ist vielmehr unter der Aera des gewerkschaftlichen Aufschwunges ganz rapid gestiegen.

## Literarisches.

### Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1911.

Soeben ist das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1911 erschienen. Seinen Vorgängern kann es sich sowohl inhaltlich wie in seinem Aeußern würdig an die Seite stellen. Es wird allen christlichen Gewerkschaftlern, ein treuer Ratgeber, eine Fundgrube des Wissens, ein Ansporn für die Werbearbeit, ein Wegweiser und Dränger für die gewerkschaftliche Praxis sein. Deshalb darf das Handbuch in den Händen keines miterlebenden christlich organisierten Arbeiters fehlen. Aus dem reichhaltigen Inhalt seien folgende Thematas besonders hervorgehoben:

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909; — Mehr Mitarbeiter; — Aus den Ortskartellen; — Zwanzig Jahre internationaler Arbeiterschutz; — Klassenkampf und Gewerbesolidarität; — Christliche Arbeiterbewegung und Staat; — Aus der Reichssozialgesetzgebung; — Von der Berufs- und Betriebszählung.

Der Preis des jedem strebsamen Kollegen unentbehrlichen Handbuchs beträgt wie früher für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 50 Pfg. Bestellungen sind an die Geschäftsstelle des Verbandes, Duisburg, Seitenstraße 17, zu richten. Am besten wird der Vertrieb in den Zahlstellen regelrecht organisiert, damit das Handbuch auch in möglichst alle Hände gelangt und seinen Zweck erfüllt.

* * *

### Die wirtschaftliche und soziale Lage des Krankenpflegepersonals in Deutschland.

Von Georg Streiter. X. und 200 Seiten. Groß-Oktav. Preis 4 Mk. Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Der 1. Vorsitzende des dem Gesamtverbande der christl. Gewerkschaft angeschlossenen Verbandes der Krankenpfleger und Pflegerinnen hat soeben eine umfangreiche Schrift herausgegeben, die in der deutschen Sozialliteratur die erste ihrer Art ist. Eine monographische Darstellung der eigenartigen Zustände im Krankenpflegeberufe fehlte bisher gänzlich. In der leichtverständlich geschriebenen, mit vielen Literaturnachweisen versehenen Schrift ist jede den so wichtigen Beruf berührende Frage eingehend erörtert. Aus dem Inhalte nennen wir nur: Krankenhausstatistik, Statistik des Pflegepersonals, Die Arbeitsbedingungen (Einteilung, Herkunft, Stellenvermittlung, Grundsätze für die Annahme, Dienstpflichten und besondere Verbote, Kündigung und Beendigung des Dienstverhältnisses, Ausbildung, Arbeitszeit, Besoldung, Wohnung, Beköstigung rc.), Erkrankungs- und Sterblichkeitsverhältnisse, Koalitionsrecht, Arbeitsstreitigkeiten, Pensionsverhältnisse usw. Besonders eingehend berücksichtigt sind die in der Krankenpflege bisher durchaus ungeklärten Rechtsverhältnisse. — Wir wünschen dem Streiterschen Buche recht weite Verbreitung, besonders in den Kreisen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, deren Literatur durch diese grundlegende Schrift wertvoll bereichert worden ist. — Zu beziehen durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes in Köln, Palmstr. 14.

## Sterbetafel.

†

**Salbke,** bei Magdeburg. Am 9. Oktober starb unser Kollege Eduard Mozander an einem Gehirnschlag.

**Mannheim.** Am 2. Oktober starb unser Kollege Adolf Kellerhals im Alter von 37. Jahren an Gehirnhautentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

## Versammlungs-Kalender.

**Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!**

**Amern St. Anton.** Am Sonntag, den 23. Okt., morgens 10½ Uhr Versammlung im Lokal von Heinr. v. d. Velden. Sehr wichtige Tagesordnung.

**Augsburg.** Samstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, Versammlung in der „Goldenen Glocke“. Geschäftsbericht vom 3. Quartal.

**Verwaltungsstelle Bochum.** Sonntag, den 23. Oktober, 2 Uhr Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung, 3½ Uhr Generalversammlung mit Frauen im Gewerkschaftshaus. Jede Sektion muß vertreten sein.

**Dortmund-Hörde.** Am Sonntag, den 23. Okt., abends 8¼ Uhr bei Stolze, Chausseestr.

**Dudweiler-Herrensohr.** Die Adresse des Vorsitzenden ist Christian Klein, St. Ingbertersstr. Nr. 3.

**Duisburg.** Am Sonntag, den 23. Okt. findet in folgenden Zahlstellen Hausagitation statt: Duisburg 1 Uhr bei Küpper; Laar ½2 Uhr bei Jansen; Beeck ½2 Uhr bei Möllecken; Meiderich ½2 Uhr bei Stapelmann; Neudorf 1 Uhr bei Mumpf, Bismarckstr. Es haben sich sämtliche Kollegen zu beteiligen, welche dienstfrei sind.

**Dbg.-Meiderich.** Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags nachmittags 4 Uhr bei Haferkamp, Mitgliederversammlung mit Vortrag.

**Dbg.-Obermeiderich.** Sonntag, den 23. Oktober, abends 5 Uhr bei Messer, Mitgliederversammlung mit Vortrag.

**Düsseldorf,** Bez. Flingern. Sonntag, den 23. Oktober, vormittags 11 Uhr findet im Lokale Schmalbach, Wüllraterstraße die Bezirksversammlung statt. Die Kollegen haben für gute Agitation zu sorgen.

**Düsseldorf-Rattingen.** Samstag, den 29. Okt., abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Adolfs, Bahnstr.

**Düsseldorf-Rath.** Sonntag, den 30 Oktober, vormittags 11 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale Schulten, Münster- und Bruchstr.-Ecke.

**Eisenach.** Sonnabend, den 22. Oktober, abends 8½ Uhr, im Konzerthaus Clemda.

**Essen-Ortsverwaltung.** Sonntag, den 23. Okt., morgens 10½ Uhr, Generalversammlung im großen Saale des Alfredushauses, Frohnhauserstr. 19. Sämtliche Kollegen müssen erscheinen. Das Verbandsbuch ist als Legitimation vorzuzeigen.

**Essen-Kettwig.** Sonntag, den 23. Oktober, morgens 11 Uhr, Mitgliederversammlung bei Buchmüller in Kettwig.

**Essen-Berge-Borbeck.** Sonntag, den 23. Oktober, abends 6 Uhr, Mitgliederversammlung mit Frauen im Lokale des Herrn Westhoff, Hochstr.

**Essen-Segeroth.** Sonntag, den 23. Oktober, abends 6 Uhr Mitgliederversammlung bei Langenberg, Freistadtstraße. Die Frauen der Kollegen sind herzlich eingeladen.

**Gelsenkirchen-Neustadt.** Samstag, den 22. Okt., abends 8 Uhr bei Masins.

**Gelsenkirchen-Bulmke.** Freitag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr bei Nuig.

**Gelsenkirchen-Schalke.** Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 11 Uhr, bei Wegener.

**Gladbeck.** Sonntag, den 30. Oktober, nachm. 4 Uhr bei Nordpol (Christl. Gewerkschaftshaus).

**Halle.** Sonnabend, den 22. Oktober, abends 8½ Uhr, in Schulzes Restaurant, Pfännerhöhe 74.

**Hamm-Soest.** Samstag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, Versammlung bei Bracht.

**Hannover.** Sonnabend, den 23. Oktober, abends 8½ Uhr Versammlung im Arbeiterverein Am Marstalle, Zimmer 1 u. 2.

**Haspe.** Samstag, den 29. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Brinker, Kölnerstr., Versammlung mit Vortrag eines auswärtigen Redners. Unorganisierte mitbringen.

**Horst-Emscher.** Sonntag, den 30. Oktober, vorm. 11 Uhr bei Dusina.

**Karlsruhe.** Samstag, den 29. Oktober, abends ½9 Uhr Versammlung in der Restr. Seithel, Kaiserallee 27. Vortrag des Kollegen Belzer aus Malsch.

**Mündelheim.** Sonntag, den 23. Okt., morgens 11 Uhr, bei Becker an der kath. Kirche, öffentliche Versammlung.

**München.** Sonntag, den 23. Oktober, vorm. 11 Uhr Bezirksversammlung im Restaurant „Deutsche Eiche“, Blutenburgstr. — Sonntag, den 30. Oktober, nachm. 4 Uhr. Versammlung der Jugendabteilung in der „Leopoldstadt“, Senefelderstraße 11½.

**München.** Samstag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr im Gasthof „Leopoldstadt“ Senefelderstr. 11½. Versammlung mit Vortrag. Referent Verbandssekretär Kritzer. — Jeden Mittwoch abends 8 Uhr Unterrichtskursus im Restaurant „Pestalozzi“, Pestalozzistraße 4, o.

**Neviges.** Sonntag, den 23. Oktober, nachm. 7 Uhr, Familienfest, wozu sämtliche Kollegen nebst Familienangehörigen eingeladen sind. Freunde unserer Sache können eingeführt werden.

**Remscheid.** Sonntag, den 23. Oktober, vormittags 11 Uhr bei Fritz Homann.

**Solingen.** Nächste Versammlung Samstag, den 22. Okt., abends 8 Uhr, bei Borghoff (neben dem Rathaus).

**Sterkrade.** Am Freitag, den 28. Oktober bei Heinrich Landscheidt, Holtenstr. 1, Mitgliederversammlung.

* * *

Verlag: Franz Wieber. Druck: „Echo vom Niederrhein“, G. m. b. H. Verantwortlicher Redakteur: Johann Bergmann, sämtlich in Duisburg.